

Hamm:

Lagebericht zum Entwurf des Jahresabschlusses 2012

Inhaltsverzeichnis des Lageberichts zum Entwurf des Jahresabschlusses 2012

1	Rechtsgrundlage	1
2	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	2
3	Entwicklung der Kommunen	4
3.1	Bundesweite Entwicklung der Kommunen	4
3.2	Entwicklung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen	5
3.3	Kommunalverschuldung in Nordrhein-Westfalen im Zeitablauf	6
3.4	Verschuldung der Stadt Hamm	7
4	Erlass der Haushaltssatzung und Aufstellung des kommunalen Jahresabschlusses	8
5	Überblick über wichtige Ergebnisse des Jahresabschlusses	9
5.1	Ergebnisrechnung	9
5.1.1	Entwicklung einzelner Ertrags- und Aufwandspositionen	13
5.1.1.1	<i>Ergebnis der Gewerbesteuer</i>	<i>13</i>
5.1.1.2	<i>Ergebnis der Schlüsselzuweisungen vom Land</i>	<i>14</i>
5.1.1.3	<i>Ergebnis der Personal- und Versorgungsaufwendungen</i>	<i>15</i>
5.1.1.4	<i>Ergebnis der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</i>	<i>16</i>
5.1.1.5	<i>Finanzergebnis</i>	<i>17</i>
5.2	Finanzrechnung	18
5.2.1	Liquiditätsbedarf für die Aufgaben der laufenden Verwaltung	18
5.2.2	Liquiditätsbedarf für Investitionen	20
5.2.3	Liquiditätsbedarf für die Rückzahlung von Investitionskrediten	21
5.2.4	Veränderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	21
5.3	Entwicklung der Kredite	22
5.3.1	Entwicklung der Kredite zur Liquiditätssicherung	22
5.3.2	Entwicklung der Kredite für Investitionen	23
6	Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im laufenden Jahr	24
6.1	Allgemeine Hinweise zur Analyse der Teilergebnisse	24
6.2	Analyse der Teilergebnisrechnungen der einzelnen Ämter	25
6.3	Investitionen der Ämter: Ergebnisse 2012	61
6.4	Ermächtigungsübertragungen	66
6.5	Vorgänge von besonderer Bedeutung	69

7	Betrachtung des Jahresabschlusses 2012 unter Einbeziehung der Kennzahlen des NKF-Kennzahlensets.....	70
7.1	Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation.....	70
7.1.1	Aufwandsdeckungsgrad	70
7.1.2	Eigenkapitalquote 1	71
7.1.3	Eigenkapitalquote 2	71
7.1.4	Fehlbetragsquote	72
7.2	Vermögenslage	72
7.2.1	Infrastrukturquote.....	72
7.2.2	Abschreibungsintensität.....	73
7.2.3	Drittfinanzierungsquote.....	73
7.2.4	Investitionsquote	74
7.3	Finanzlage.....	74
7.3.1	Anlagendeckungsgrad 2	74
7.3.2	Dynamischer Verschuldungsgrad.....	75
7.3.3	Liquidität 2. Grades.....	75
7.3.4	Kurzfristige Verbindlichkeitsquote.....	76
7.3.5	Zinslastquote.....	76
7.4	Ertragslage	77
7.4.1	Steuerquote	77
7.4.2	Zuwendungsquote	77
7.4.3	Personalintensität	78
7.4.4	Sach- und Dienstleistungsintensität	78
7.4.5	Transferaufwandsquote	79
8	Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Stadt Hamm	80
9	Organe und Mitgliedschaften der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates	81
9.1	Verwaltungsvorstand	81
9.2	Ratsmitglieder	83

Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

1 Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage gemäß Gemeindeordnung NRW

Gemäß § 95 GO NRW hat die Gemeinde zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Haushaltsjahres nachzuweisen ist. Der Jahresabschluss muss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der

- Vermögens-,
- Schulden-,
- Ertrags- und
- Finanzlage der Gemeinde vermitteln und ist zu erläutern.

Der Jahresabschluss besteht aus

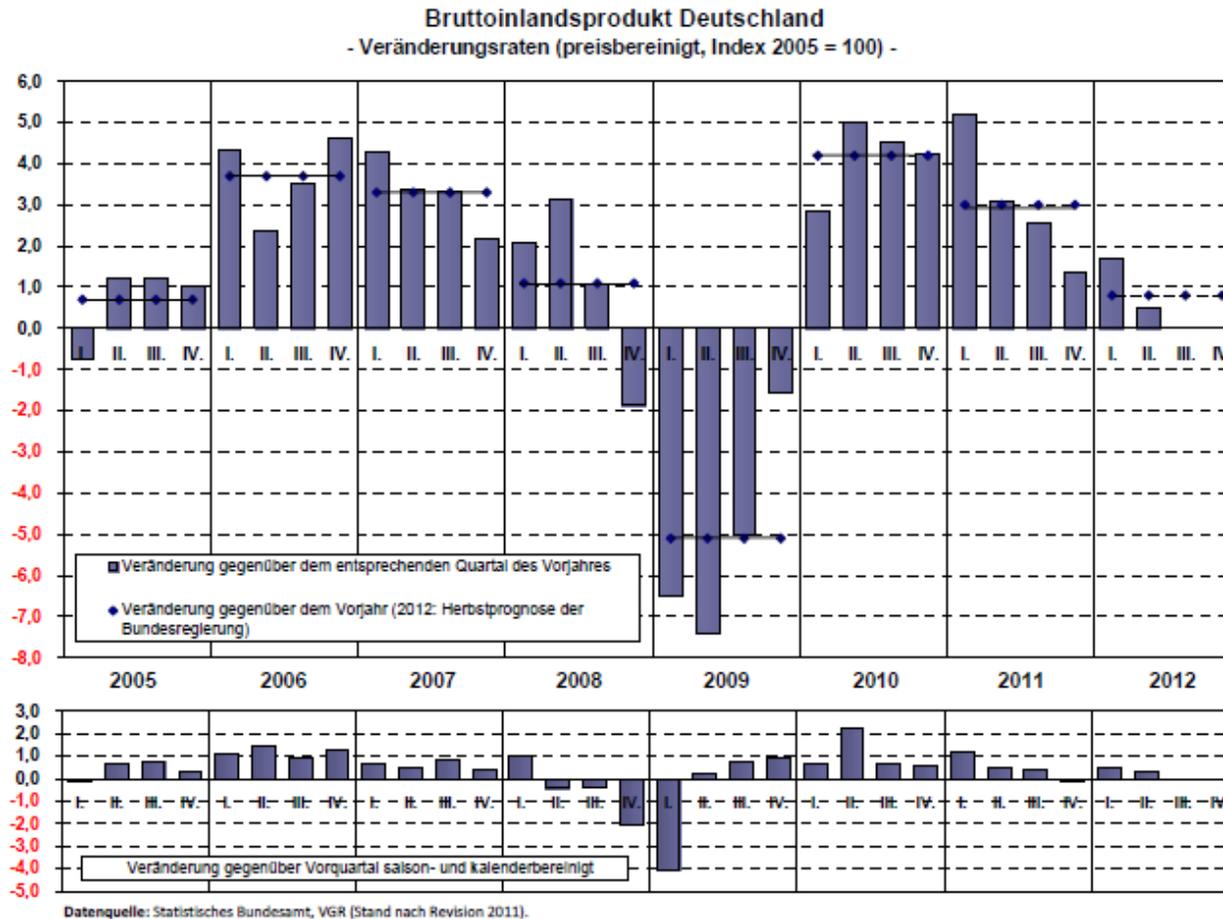
- der Ergebnisrechnung,
- der Finanzrechnung,
- den Teilrechnungen,
- der Bilanz und
- dem Anhang.

Dem Jahresabschluss ist ein Lagebericht beizufügen.

2 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft verbuchte 2011 im zweiten Jahr in Folge ein kräftiges Wachstumsplus¹. Nach Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Gesamtjahr 2011 preisbereinigt um 3,0 v. H. gestiegen. Damit hat sich die Erholung der deutschen Wirtschaft, nach dem massiven Einbruch 2009, eindrucksvoll fortgesetzt und nach dem Zuwachs von 4,2 v. H. in 2010 ebenfalls ihren Status als Konjunkturlokomotive des Euro-Raums gefestigt. Die inländische Produktion übersteigt damit wieder das Vorkrisenvergleichsniveau des Jahres 2008.

Die Aufwärtsdynamik in 2011 konzentrierte sich vor allem auf die erste Jahreshälfte. Im zweiten Halbjahr hat der wirtschaftliche Aufschwung deutlich nachgelassen und verkehrte sich im Schlussquartal mit real - 0,1 v. H. sogar ins Negative.



mit einer Rate von + 1,7 v. H. und wuchsen damit so stark wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr.

Die fortgesetzte Erholung in 2011 ist insbesondere auf den sich weiter auflösenden Investitionsstau bei den Unternehmen, der zu Beginn der Wirtschaftskrise Ende 2008 einsetzte, zurückzuführen. Nach dem krisenbedingten Rückgang der Anlageninvestitionen in 2009 um 15,2 v. H., war bereits in 2010 eine kräftige Steigerung von 9,8 v. H. zu verzeichnen. Im Jahr 2011 folgte ein weiterer Anstieg der Anlageinvestitionen um 7,2 v. H. Als Wachstumsstütze erwies sich neben dem Exportsektor, der mit einem Zuwachs von 7,8 v. H. in 2011 glänzte, der private Konsum. In 2011 stiegen die privaten Konsumausgaben

¹ Quelle: Finanzplanung 2012 bis 2016 mit Finanzbericht 2013 des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nach dem schwachen Schlussquartal 2011 hat die deutsche Wirtschaft im ersten Quartal 2012 mit einem preisbereinigten BIP-Zuwachs von 0,5 v. H. und im zweiten Quartal von 0,3 v. H. wieder auf den Wachstumspfad zurückgefunden. In der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland lässt sich nach den Aussagen der Wirtschaftsforschungsinstitute nach einem leicht rückläufigen zweiten Halbjahr 2012 in 2013 eine geringe Aufwärtsdynamik erkennen. Nach den übereinstimmenden Herbstprognosen der Bundesregierung und der Wirtschaftsforschungsinstitute wird die deutsche Wirtschaft in 2012 insgesamt mit real 0,8 v. H. im Vergleich zum Vorjahr wachsen und damit unter den Wachstumsraten der beiden vorhergehenden Jahre bleiben. Das in 2009 durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verursachte Wachstumsdefizit konnte in den folgenden Jahren ausgeglichen werden. Gleichzeitig wurde auf Seiten der Unternehmen der Investitionsstau abgebaut, sodass es keine positiven Nachholeffekte mehr für die deutsche Wirtschaft gibt. Auch wenn sich die deutsche Wirtschaft damit, wie es auch der ifo Geschäftsklimaindex signalisiert, zweifelsfrei in einer Abschwungphase befindet, hat die deutsche Wirtschaft bewiesen, insbesondere vor dem Hintergrund der sich unter den EU-Ländern ausbreitenden Stagnation bzw. Rezession, dass sie mittlerweile ein hohes Maß an Widerstandsfähigkeit erlangt hat.

Gemäß der aktuellen Herbstprognose der Bundesregierung und den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute wird derzeit für 2013 ein reales BIP-Wachstum von 1,0 v. H. erwartet. Im Vergleich zu der Frühjahrsprognose 2012 hat die Bundesregierung damit ihre Wachstumsaussichten um 0,6 Prozentpunkte zurückgenommen. Insbesondere dürfte der Export nicht mehr die hohen Ergebnisbeiträge leisten wie in den vergangenen Jahren. Gründe hierfür finden sich im makroökonomischen Umfeld. Zum einen dürfte der Euroraum, als größter Abnehmer deutscher Güter, sich vorerst nicht aus der Rezession befreien können und zum anderen wird die außereuropäische Nachfrage entweder durch ein sich ebenfalls abschwächendes Wirtschaftswachstum, wie beispielsweise in China oder durch eine restriktive Fiskalpolitik, wie beispielsweise in den USA, gedämpft. Somit werden sich die Unternehmensinvestitionen aller Voraussicht nach nicht expansiv entwickeln können. Positive Effekte sind jedoch weiterhin von dem privaten Konsum zu erwarten.

Der Arbeitsmarkt konnte im vergangenen Jahr von den guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen profitieren. Im Jahresdurchschnitt 2011 sank die Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen bundesweit von 7,7 v. H. auf 7,1 v. H. Damit liegt die Arbeitslosigkeit auf der Basis von Jahresdurchschnittswerten auf dem niedrigsten Stand seit 1991. Die positive Dynamik hält ebenfalls – wenn auch etwas verhaltener – bis ins Jahr 2012 an. Die Arbeitslosenquote wird im Gesamtjahr 2012 und 2013 nach den Vorausschätzungen der Wirtschaftsforschungsinstitute jeweils bei 6,8 v. H. liegen.

Die konjunkturelle Erholung in den Jahren 2010 - 2012 führte durch den Anstieg bei den Steuereinnahmen und zusammen mit weiteren Konsolidierungsmaßnahmen aller Gebietskörperschaften zu einer leichten Verringerung des Finanzierungsdefizits der öffentlichen Haushalte.

Die Erfahrungen aus der nach wie vor gegenwärtigen Staatsschuldenkrise in Europa verdeutlichen einmal mehr, wie wichtig es ist, mittel- bis langfristig das Anwachsen des öffentlichen Defizits zu stoppen bzw. schrittweise abzubauen. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse verpflichtet Bund und Länder, ihre Haushalte strukturell auszugleichen. Der Bund muss dieses Ziel bereits 2016 erreichen, während den Ländern eine Übergangsfrist bis 2020 zuerkannt wurde.

3 Entwicklung der Kommunen

3.1 Bundesweite Entwicklung der Kommunen

Auch wenn im Jahr 2012 in den Kernhaushalten der Städte, Landkreise und Gemeinden ein positiver Finanzierungssaldo in Höhe von 1,8 Milliarden Euro erzielt werden konnte, kann für die kommunalen Haushalte keine Entwarnung gegeben werden². Vielmehr ist das bundesweite Ergebnis des Jahres 2012 vor dem folgenden Hintergrund deutlich zu relativieren:

- Verschärfung der Disparitäten zwischen Kommunen unterschiedlicher Länder und in den Ländern,
- Ungebremster Anstieg der kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen trotz weiterhin entspannter Lage am Arbeitsmarkt
- Weiterer Anstieg der Kassenkredite der Städte, Landkreise und Gemeinden auf mittlerweile 47,5 Milliarden Euro
- Scharfes Absinken der Investitionen unter das Niveau des Jahres 2008
- Verschlechterung des Finanzierungssaldos in den neuen Ländern

Die kommunalen Einnahmen stiegen im Jahr 2012 mit 5,1 Milliarden Euro bzw. 2,8 Prozent auf 188,8 Milliarden Euro. Eine Hauptursache für den Einnahmenanstieg des Jahres 2012 waren die im Vorjahr massiv gestiegenen Steuereinnahmen der Länder, eine weitere die erhöhte Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund. Beides führte je nach Vorgehen in dem einzelnen Land zu mehr oder weniger deutlich erhöhten Landeszuweisungen. Hinzuweisen ist auch auf die weiterhin positive Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen. Sowohl der Einnahmen- als auch der Ausgabenanstieg wurden im Übrigen durch das Auslaufen des Konjunkturprogramms gebremst.

Der Ausgabenanstieg betrug lediglich 0,9 Prozent bzw. 1,7 Milliarden Euro, sodass im Jahr 2012 Ausgaben in Höhe von 187,0 Milliarden Euro anfielen. Die Entwicklung auf der Ausgabenseite war durch einen scharfen Rückgang der Investitionen von 10,6 Prozent gekennzeichnet. Dieser Rückgang verdeutlicht, dass in den vergangenen Jahren die kommunale Investitionsschwäche durch das Konjunkturprogramm lediglich überdeckt, aber nicht grundsätzlich behoben werden konnte. Auch die überraschend positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt machte sich im Jahr 2012 leider nicht durch einen allgemeinen Rückgang der Ausgaben bei den sozialen Leistungen bemerkbar. Ursache hierfür sind die weiterhin wachsenden Ausgaben der kommunalen Träger für die konjunkturunabhängigen sozialen Leistungen, wie die Jugendhilfe, die Hilfe zur Pflege oder die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Sie stiegen deutlich stärker als die sonstigen Ausgaben oder auch die Einnahmen. Die kommunale Investitionsschwäche ist somit im Jahr 2012 ebenso unübersehbar wie der sich weiter vergrößernde Anteil der sozialen Leistungen. Diese betragen mittlerweile mehr als das Doppelte der Investitionen. Der Finanzierungssaldo zwischen Einnahmen und Ausgaben war somit im Ergebnis erstmals seit der Finanzkrise wieder positiv. Trotz des insgesamt positiven Finanzierungssaldos stiegen im Vergleich zum Vorjahr die Kassenkredite um ca. 3,6 Milliarden Euro auf 47,5 Milliarden Euro.

² Quelle: www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/presse/2013/130620_bv_prognose_finanzen_fachpapier.pdf

3.2 Entwicklung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen

Laut dem Städtetag Nordrhein-Westfalen hat kaum eine der Mitgliedsstädte des Städtetages NRW im abgelaufenen Jahr 2012 einen "echten" Haushaltsausgleich erreicht³. Kein genehmigungsfähiges Haushaltssicherheitskonzept hatten 11 Städte, die sich damit im Nothaushaltsrecht befanden. Fast die Hälfte dieser Städte war gleichzeitig von Überschuldung bzw. drohender Überschuldung betroffen.

Damit stellt sich der Haushaltsstatus der Mitglieder des Städtetages NRW auch im Vergleich zur Gesamtheit der NRW-Kommunen weiterhin als besonders prekär heraus.

Seit der **Stärkungspakt Stadtfinanzen** im Dezember 2011 den Landtag passierte, wird das Instrument kontrovers diskutiert. Banken attestieren, mit dem Pakt habe das Land seine Verantwortung für die Kommunen und damit das bündische Prinzip deutlich unterstrichen. Für die Kommunen ist der Pakt im Grundsatz richtig und wichtig – es gibt aber viele Streitpunkte im Detail und ein Kernproblem: Die Mittel reichen nicht aus!

³ Gemeindefinanzbericht 2012 vom Städtetag NRW

3.3 Kommunalverschuldung in Nordrhein-Westfalen im Zeitablauf

Aus **Abbildung 1** ist die Entwicklung der Verschuldung der Kommunen (Gemeinden und Gemeindeverbände) inklusive ihrer Extrahaushalte im Land Nordrhein-Westfalen ersichtlich⁴. Die blaue Linie zeigt dabei die Entwicklung der NRW-Kommunalverschuldung inklusive etwaiger Bürgschaften (Haftungsverpflichtungen) im Zeitablauf, die rote Linie zeigt die Verschuldungsentwicklung ohne Bürgschaften. Die in die Grafik integrierten Zahlenwerte zeigen die Verschuldungshöhe ohne etwaige Bürgschaften in Mrd. Euro jeweils zum 31.12. des betreffenden Jahres an.

Im letzten derzeit statistisch erfassten Jahr 2012 erreicht die kommunale Verschuldung einschließlich der Bürgschaften im Land Nordrhein-Westfalen einen Wert von **58,98 Mrd. Euro**. Das entspricht einem Wert von **3.362,29 Euro je Einwohner** des Landes, wobei bei den Einwohnerzahlen diejenigen zum 30.6.2012 (17.542.677 Einwohner auf Grundlage des Zensus 2011) zugrunde gelegt wurden. Die NRW-Kommunalverschuldung ohne Bürgschaften erreicht zum 31.12.2012 einen geringeren Wert von **51,45 Mrd. Euro**, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von **2.932,81 Euro je Einwohner** entspricht.

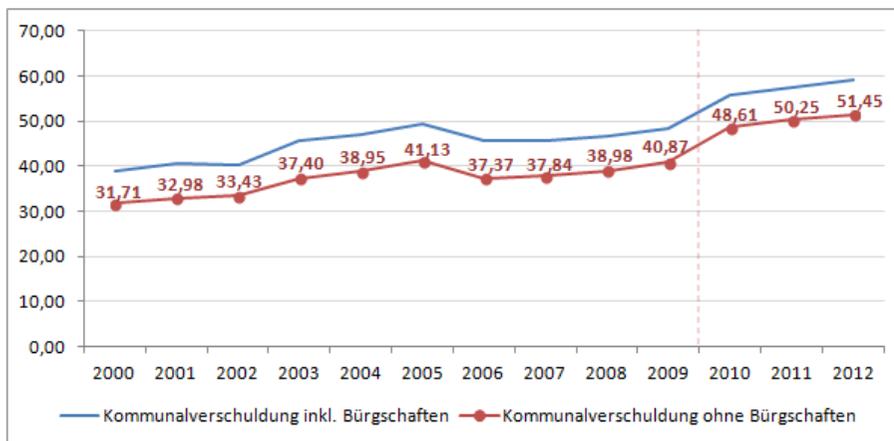


Abbildung 1: Verschuldung und Bürgschaften der Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen (Kern- und Extrahaushalte) seit 2000 zum 31.12. des jeweiligen Jahres [in Mrd. Euro]

Quelle: Eigene Darstellung (Daten entnommen aus: Statistisches Bundesamt, *Schulden der öffentlichen Haushalte 2012 – Fachserie 14 Reihe 5, Tab. 1.5.1/1.5.2*, Wiesbaden 2013 | 31.7.2013); ab 2010 inkl. sämtlicher FEUs des Staatsapparates; ohne sonstige FEUs des Nicht-Staatsapparates; ab 2010 neues Erhebungsprogramm; bis 2009: Kreditmarktschulden im weiteren Sinne, Schulden bei öffentlichen Haushalten, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, innere Schulden, Kassenverstärkungskredite, Bürgschaften; ab 2010: Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich, Schulden beim öffentlichen Bereich, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften

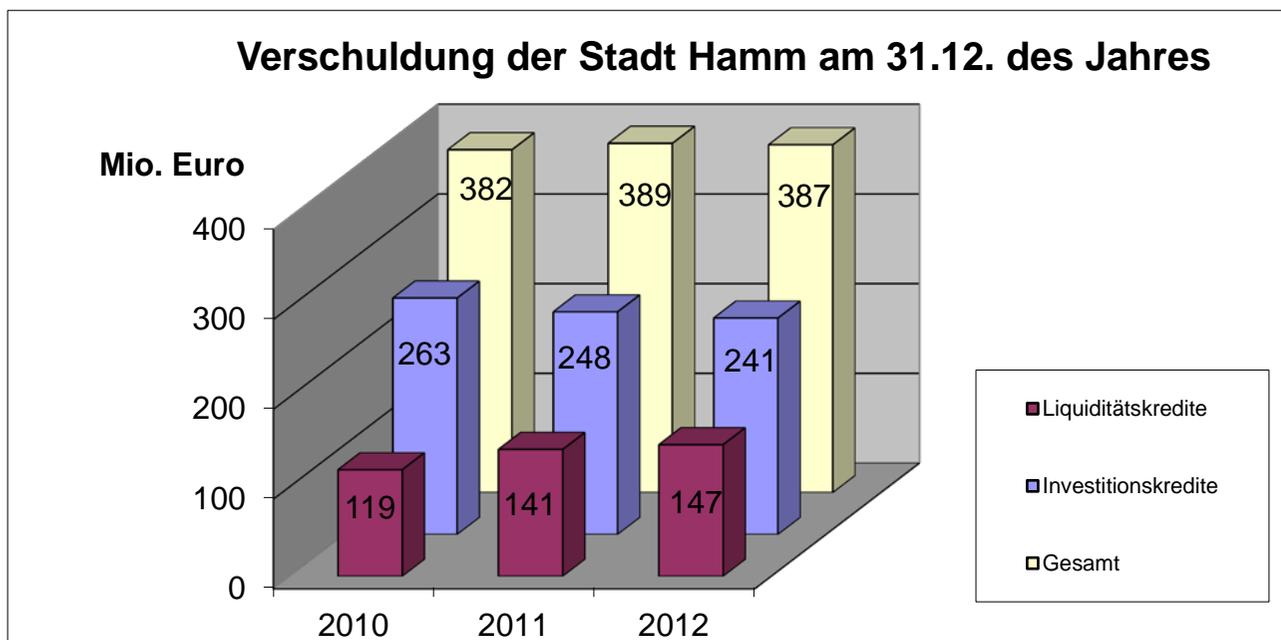
Zwischen den Jahren 2009 und 2010 findet sich eine gestrichelte, hellrote Linie. Diese signalisiert, dass 2010 eine bedeutende Umstellung in der Schuldenstatistik des Statistischen Bundesamtes vorgenommen wurde. Die Werte bis inklusive des Jahres 2009 sind insofern nur eingeschränkt mit den Werten ab 2010 vergleichbar.

⁴ <http://www.haushaltssteuerung.de/verschuldung-kommunen-nordrhein-westfalen.html>

3.4 Verschuldung der Stadt Hamm

Die Stadt Hamm weist im Jahr 2012 im Vergleich eine Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 2.195 € (ohne Bürgschaften) je Einwohner (nach Zensus 2011) aus.

Der Bestand an Krediten für Investitionen und Krediten zur Liquiditätssicherung hat sich im Jahr 2012 von zusammen 389,1 Mio. (31.12.2011) um 1,7 Mio. € auf 387,4 Mio. € (31.12.2012) verringert. Neben den Krediten für Investitionen und den Krediten zur Liquiditätssicherung bestand am 31.12.2012 eine Restschuld von 34,7 Mio. € aus dem Leasingvertrag für das Technische Rathaus. Die Restschuld hat sich um 1,0 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr 2011 verringert, so dass die Kredit- und Leasingverbindlichkeiten insgesamt um 2,7 Mio. € zurückgeführt wurden.



Die Entwicklung der Schulden (Investitions- und Liquiditätskredite) bis Ende 2012 ist im Haupt- und Finanzausschuss am 13.05.2013 mit der Mitteilungsvorlage 0219/13 bereits ausführlich dargestellt worden. Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit der Kommunalverschuldung in NRW ist das Leasinggeschäft für das Technische Rathaus in der grafischen Darstellung nicht enthalten.

4 Erlass der Haushaltssatzung und Aufstellung des kommunalen Jahresabschlusses

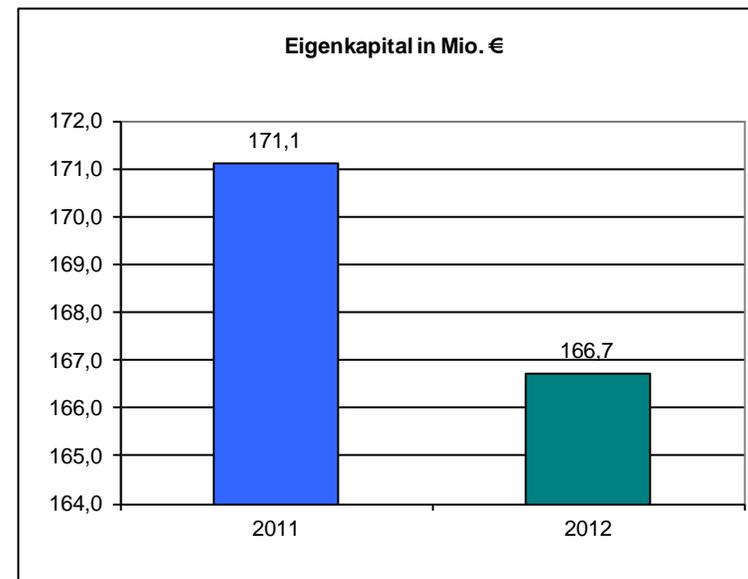
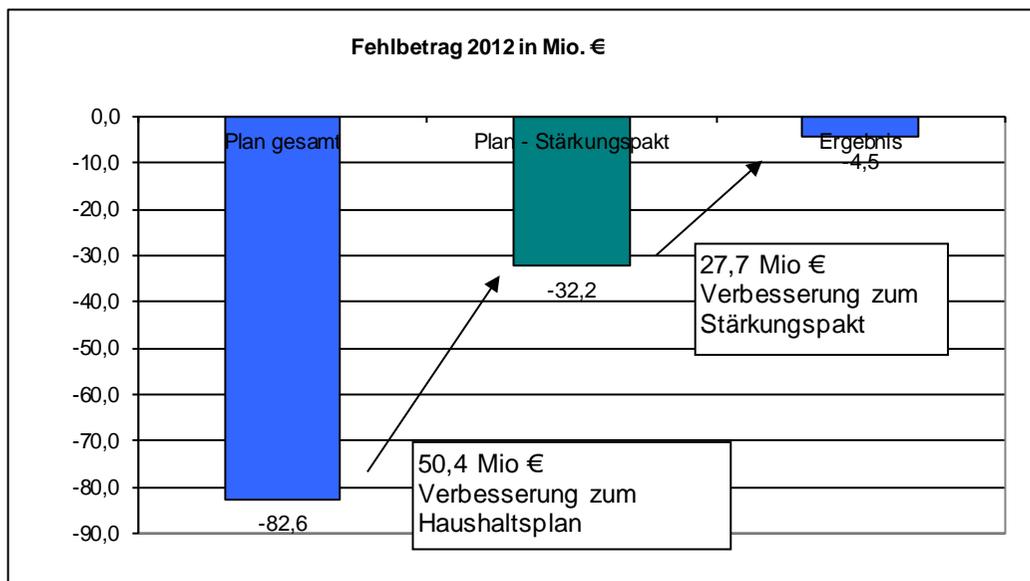
Verfahrensschritte:	
Aufstellung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen durch den Kämmerer und Bestätigung durch den Oberbürgermeister	02.11.2010
Zuleitung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen an den Rat	02.11.2010
Öffentliche Bekanntgabe des Entwurfs der Haushaltssatzung und Festlegung einer Frist für die Erhebung von Einwendungen an mindestens 14 Tagen	06.11.2010 Einwendungsfrist bis 22.11.2010
Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen in öffentlicher Sitzung des Rates	14.12.2010
Anzeige der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen bei der Aufsichtsbehörde (Bezirksregierung Arnsberg)	05.01.2011
Bekanntmachung der Haushaltssatzung	19.05.2012
Aufstellung des Entwurfs des Jahresabschlusses durch den Kämmerer und Bestätigung durch den Oberbürgermeister	03.09.2013
Zuleitung des Entwurfs des Jahresabschlusses an den Rat	01.10.2013

5 Überblick über wichtige Ergebnisse des Jahresabschlusses

5.1 Ergebnisrechnung

Die fortgeschriebene Haushaltsplanung für das Jahr 2012 wies in der Ergebnisplanung einen Fehlbedarf in Höhe von 82,6 Mio. € aus, der durch Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage gedeckt werden sollte⁵. Gemäß § 76 GO NRW ist ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt worden.

Durch die Vorgaben und Zuschüsse aus dem Stärkungspakt wurde der Fehlbedarf im Plan auf 32,2 Mio. € reduziert. Die wesentlichsten Maßnahmen sind mit der Vorlage „0995/12 Umsetzung der Vorgaben des Stärkungspaktes“ durch den Rat der Stadt Hamm beschlossen worden.



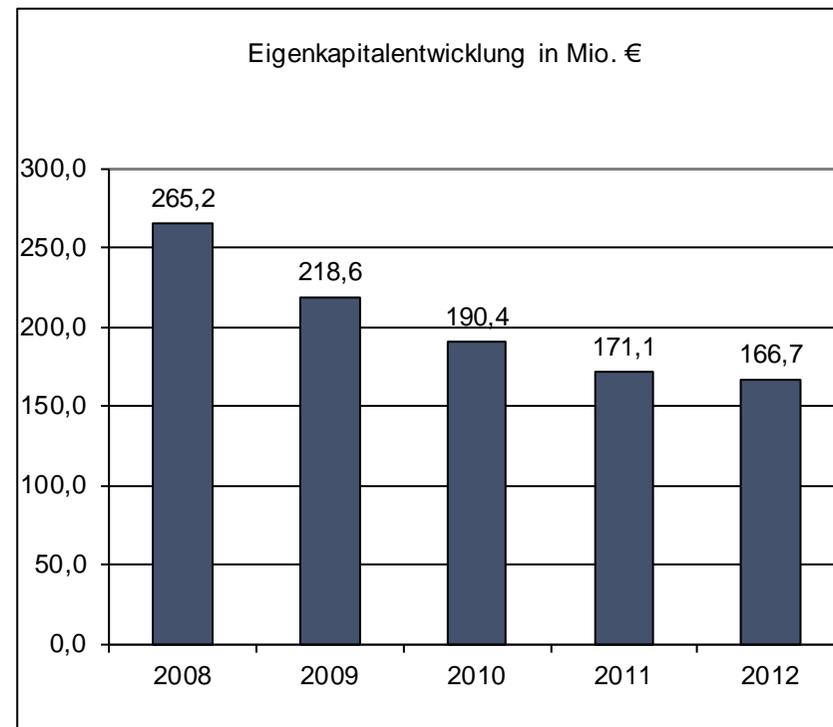
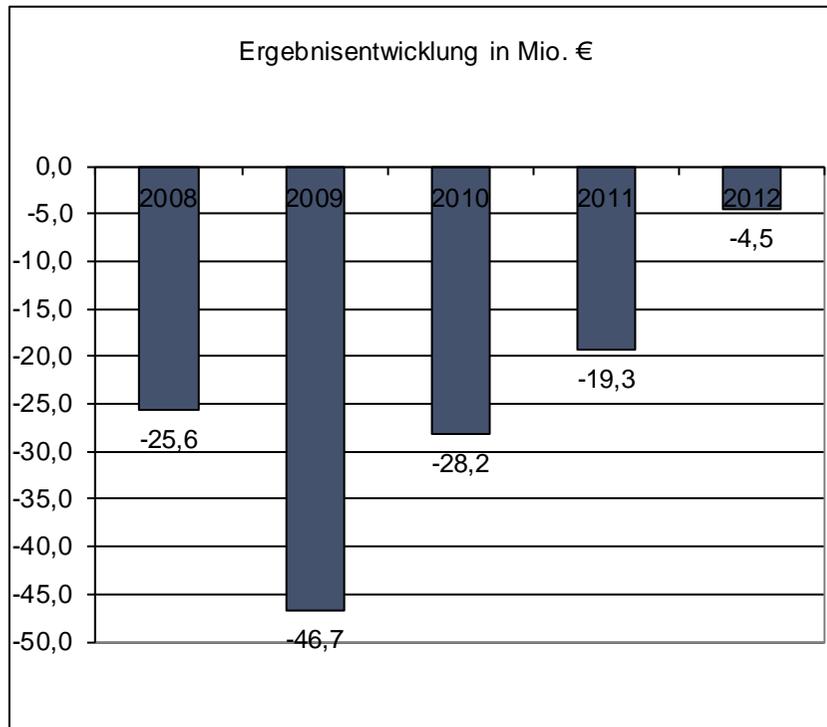
⁵ Alle Werte werden auf eine Nachkommastelle gerundet ausgewiesen. Auf der Basis der gerundeten Werte können sich daher in der weiteren Rechnung auf der Nachkommastelle Abweichungen von +/- 1 ergeben.

Überblick über wichtige Ergebnisse des Jahresabschlusses

Im Ergebnis 2012 ist es gelungen den Fehlbetrag auf 4,5 Mio. € zu reduzieren. Im Vergleich zum Stärkungspakt konnte der Fehlbetrag um **27,7 Mio. € verbessert** werden. Im Vergleich zum ursprünglichen Haushaltsplan zeigt sich eine Verbesserung in Höhe von 78,1 Mio. €.

Der Fehlbetrag wird durch die allgemeine Rücklage gedeckt. Das Eigenkapital sinkt auf 166,7 Mio. €. Der Haushalt 2012 gilt als **nicht ausgeglichen**.

Eine Übersicht der Ergebnisse im Mehrjahresvergleich zeigt die jährliche Verbesserung des Ergebnisses seit dem Jahr 2009 (-46,7 Mio. €) auf das aktuelle Ergebnis. Die Eigenkapitalentwicklung nimmt entsprechend nicht so stark ab.



Überblick über wichtige Ergebnisse des Jahresabschlusses

Im Vergleich zum fortgeschriebenen Haushaltsansatz (d. h. Haushaltsansatz Original inkl. Fortschreibung durch Haushaltsübertragungen aus dem Vorjahr) weist die Ergebnisrechnung folgende Werte aus:

Ergebnisrechnung 2012			
Position	fortgeschriebener Haushaltsansatz in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. € Ergebnis ./ Ansatz)
Ordentliche Erträge	531,50	602,63	71,13
Ordentliche Aufwendungen	604,71	596,60	-8,11
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-73,21	6,04	79,25
Finanzergebnis	-9,35	-10,51	-1,16
Jahresergebnis	-82,55	-4,47	78,08

Im Vergleich zur Haushaltsplanung sind höhere ordentliche Erträge, aber auch niedrigere ordentliche Aufwendungen zu verzeichnen. Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von 6,04 Mio. ist seit Einführung der doppelten Buchführung zum ersten Mal positiv. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die konsequente Haushaltskonsolidierung und den zusätzlichen Erträgen aus dem Stärkungspakt zurückzuführen.

Überblick über wichtige Ergebnisse des Jahresabschlusses

Diese Veränderungen sind insbesondere auf folgende Ertrags- und Aufwandspositionen zurückzuführen:

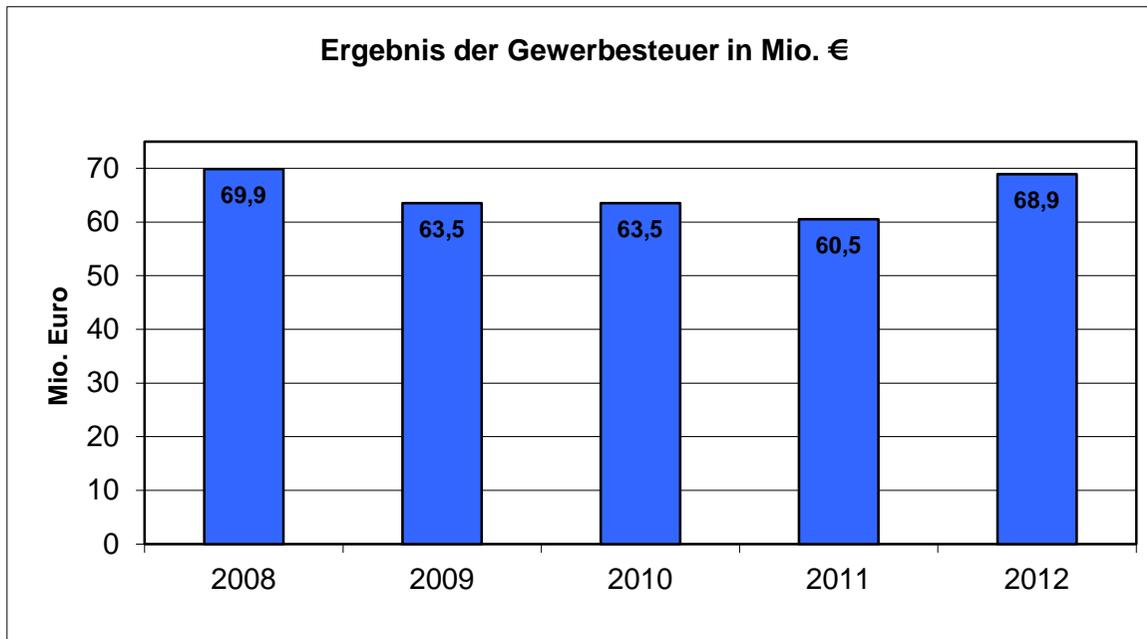
Einzelne Ertragspositionen 2012			
Position	fortgeschriebener Haushaltsansatz in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. € Ergebnis ./ Ansatz)
Gewerbe- und Grundsteuern	92,82	95,29	2,47
Gemeinschaftsteuern	48,92	55,74	6,82
Schlüsselzuweisungen vom Land	98,00	118,18	20,18
Stärkungspakt	0,00	21,71	21,71
Bundesbeteiligungen	103,66	95,32	-8,34
Benutzungsgebühren und ähnl. Entgelte	55,75	56,76	1,01
Übrige ordentliche Erträge	132,35	159,64	27,29
Summe Ordentliche Erträge	531,50	602,63	71,13

Einzelne Aufwandspositionen 2012			
Position	fortgeschriebener Haushaltsansatz in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. € Ergebnis ./ Ansatz)
Personalaufwendungen	107,70	110,00	2,30
Versorgungsaufwendungen	15,13	5,02	-10,11
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	83,45	85,28	1,82
Bilanzielle Abschreibungen	39,52	40,56	1,04
Transferaufwendungen	335,29	328,87	-6,42
Sonstige ordentliche Aufwendungen	23,62	26,88	3,25
Summe Ordentliche Aufwendungen	604,71	596,60	-8,11

5.1.1 Entwicklung einzelner Ertrags- und Aufwandspositionen

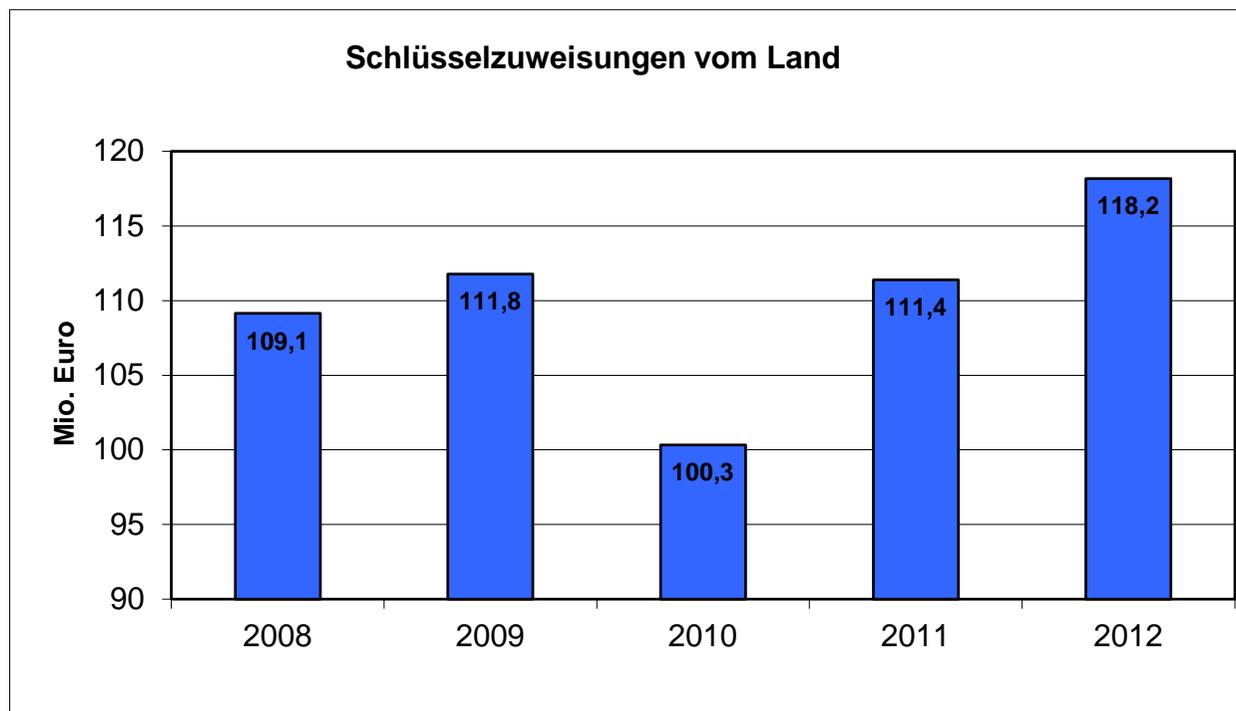
5.1.1.1 Ergebnis der Gewerbesteuer

Die Auswirkung der Wirtschafts- und Finanzkrise wird an der Entwicklung der Gewerbesteuererträge deutlich. Nach vier Jahren mit rückläufigen Gewerbesteuererträgen konnte im Jahr 2012 der Abwärtstrend gestoppt werden. Das Niveau aus dem Jahr 2008 konnte bis zum aktuellen Abschluss noch nicht wieder erreicht werden. Das Ergebnis der Gewerbesteuer beläuft sich auf 68,9 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahresergebnis 2011 mit 60,5 Mio. € stiegen die Erträge aus der Gewerbesteuer um 8,4 Mio. € oder um 13,9 %. Die aktuelle Entwicklung ist positiv.



5.1.1.2 Ergebnis der Schlüsselzuweisungen vom Land

Die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen hat sich positiv auf das Gesamtergebnis der Stadt Hamm ausgewirkt. Seit dem Jahr 2010 sind die Schlüsselzuweisungen vom Land wieder gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr wurde das Ergebnis in Höhe von 6,8 Mio. € überschritten.



5.1.1.3 Ergebnis der Personal- und Versorgungsaufwendungen

Im Haushaltsjahr 2012 lagen die Personal- und Versorgungsaufwendungen mit 115,02 Mio. € um 7,81 Mio. € unter dem Planansatz. Die Reduzierung wird durch die Entwicklung der Versorgungsaufwendungen im Haushaltsjahr (-10,11 Mio. €) maßgeblich beeinflusst. Zum Stichtag 31.12.2012 wurde das Verfahren zur Berechnung der Pensionsrückstellungen für aktive Beamte umgestellt. Bislang erfolgte die Ermittlung der Rückstellungswerte durch die Stadt Hamm unter Berücksichtigung der sog. „Vereinfachungsregeln“ lt. Runderlass des Innenministeriums mit eigener Software. Seit 2012 ermittelt nun die Kommunale Versorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw) auf Echtdatenbasis, d.h. die bisherigen Lebensläufe der Beamtinnen und Beamten werden in die Berechnung einbezogen.

Personal- und Versorgungsaufwendungen 2012			
Position	fortgeschriebener Haushaltsansatz in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. € Ergebnis ./ Ansatz)
Personalaufwendungen	107,70	110,00	2,30
davon: Zuführung zu Rückstellungen	6,77	6,37	-0,40
Versorgungsaufwendungen	15,13	5,02	-10,11
Summe Personal- und Versorgungsaufwendungen	122,82	115,02	-7,81

5.1.1.4 Ergebnis der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- Dienstleistungen resultieren überwiegend aus dem Bereich der Bauunterhaltung der städtischen Immobilien und der städtischen Infrastruktur, den Aufwendungen für Kostenerstattungen und der sonstigen Aufwendungen. Per Saldo hat sich der Aufwand gering in Höhe von 1,82 Mio. € auf 85,28 Mio. € gegenüber der Haushaltsplanung erhöht.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 2012			
Position	fortgeschriebener Haushaltsansatz in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. € Ergebnis ./ Ansatz)
Aufwendungen für Bauunterhaltung	14,40	8,32	-6,07
Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Gebäude (z.B. Heizung und Strom)	13,08	19,06	5,99
Aufwendungen für Kostenerstattungen	43,17	46,18	3,00
für sonstige Aufwendungen	12,80	11,71	-1,09
Summe Ordentliche Aufwendungen	83,45	85,28	1,82

5.1.1.5 Finanzergebnis

Das Finanzergebnis als Saldo aus Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen und Finanzerträgen fällt gegenüber der Haushaltsplanung um 1,16 Mio. € schlechter aus.

Das Finanzergebnis enthält unter anderem die Gewinnabführungen der städtischen Beteiligungen. Geplant waren insbesondere Gewinnabführungen der Stadtwerke Hamm GmbH und des Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetriebs Hamm (ASH). Die Gewinnabführung der Stadtwerke Hamm GmbH in Höhe von 1,0 Mio. € lag um 4,0 Mio. € unter dem Planansatz und soll im Jahr 2013 nachgeholt werden. Die Gewinnabführung des ASH in Höhe von 1,0 Mio. € wurde realisiert.

Die Zinsaufwendungen für die Liquiditätskredite und die Investitionskredite sowie die übrigen Zins- und Finanzaufwendungen lagen um 3,02 Mio. € unter dem Planansatz und konnten somit die Abweichung aus den Finanzerträgen ausgleichen. Das Zinsniveau ist im Vergleich zur Planung aufgrund der aktuellen Marktlage weiter gesunken.

Finanzergebnis 2012			
Position	fortgeschriebener Haushaltsansatz in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. € Ergebnis ./ Ansatz)
Finanzerträge	6,64	2,45	-4,19
davon: Erträge aus Gewinnabführung	6,15	2,10	-4,05
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	15,99	12,96	-3,02
davon: Zinsen für Liquiditätskredite	4,46	1,43	-3,02
davon: Zinsen für Investitionskredite	11,10	10,18	-0,92
Finanzergebnis	-9,35	-10,51	-1,16

5.2 Finanzrechnung

5.2.1 Liquiditätsbedarf für die Aufgaben der laufenden Verwaltung

Auf der Zahlungsebene sah die Finanzplanung für die Aufgaben der laufenden Verwaltung einen nicht finanzierten Liquiditätsbedarf in Höhe von 64,04 Mio. € vor. Die positive Entwicklung der Ergebnisrechnung wirkt sich auf die Finanzrechnung aus. Der Saldo aus der lfd. Verwaltungstätigkeit liegt bei 10,07 Mio. €

Finanzrechnung 2012			
Position	fortgeschriebener Haushaltsansatz in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. € Ergebnis ./ Ansatz)
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	506,05	566,67	60,62
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	570,09	556,60	-13,49
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-64,04	10,07	74,11

Dieses Ergebnis ist auf der Einzahlungsseite insbesondere auf die positive Entwicklung der folgenden Positionen zurückzuführen:

Einzelne Einzahlungspositionen 2012			
Position	fortgeschriebener Haushaltsansatz in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. € Ergebnis ./ Ansatz)
Gewerbesteuer	60,80	67,01	6,21
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	42,50	49,41	6,91
Schlüsselzuweisungen vom Land	98,00	118,18	20,18
Stärkungspakt	0,00	21,71	21,71
Sonstige Einzahlungen	304,75	310,37	5,62
Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	506,05	566,67	60,62

Überblick über wichtige Ergebnisse des Jahresabschlusses

Auf der Auszahlungsseite sind die folgenden Positionen maßgeblich an der Verbesserung beteiligt:

Einzelne Auszahlungspositionen 2012			
Position	fortgeschriebener Haushaltsansatz in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. € Ergebnis /. Ansatz)
Auszahlung für Sach- und Dienstleistungen	86,28	83,61	-2,67
Transferauszahlungen	335,71	329,62	-6,09
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	16,13	13,02	-3,12
Übrige Auszahlungen	131,97	130,35	-1,62
Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	570,09	556,60	-13,49

5.2.2 Liquiditätsbedarf für Investitionen

Finanzrechnung 2012 - Investitionen			
Position	fortgeschriebener Haushaltsansatz in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. € Ergebnis ./ Ansatz)
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	26,43	26,62	0,19
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	40,09	35,13	-4,96
Saldo aus Investitionstätigkeit	-13,65	-8,50	5,15

Im Haushaltsjahr 2012 waren Auszahlungsmittel für Investitionen in Höhe von 40,09 Mio. € veranschlagt. Von den geplanten Auszahlungen sind ca. 88 % umgesetzt worden.

Dem standen veranschlagte Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 26,43 Mio. € gegenüber. Der veranschlagte Saldo aus Investitionstätigkeit belief sich auf 13,65 Mio. €.

Im Ergebnis liegt der Saldo aus Investitionstätigkeiten bei 8,50 Mio. €. Gemäß der Vorlage 0955/12 zum Stärkungspakt ist der Saldo der Nettoinvestitionen auf 50% der ordentlichen Tilgung begrenzt (7,96 Mio. € im Jahr 2012). Ursächlich für die geringe Überschreitung sind Übertragungen aus dem Vorjahr.

5.2.3 Liquiditätsbedarf für die Rückzahlung von Investitionskrediten

Finanzrechnung 2012			
Ordentliche und außerordentliche Tilgung von Investitionskrediten			
Position	fortgeschriebener Haushaltsansatz in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. € Ergebnis ./ Ansatz)
Ordentliche und außerordentliche Tilgung von Krediten für Investitionen	16,60	15,92	-0,68

5.2.4 Veränderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln

Bei den sogenannten fremden Finanzmitteln handelt es sich um durchlaufende Gelder oder Mittel, die die Stadt auf Grund rechtlicher Vorschriften unmittelbar in den Haushalt eines anderen öffentlichen Aufgabenträgers zu buchen hat. Diese fremden Finanzmittel verändern den Zahlungsmittelbestand der Stadtkasse. In der Bilanz werden korrespondierend je nach Fall Forderungen oder Verbindlichkeiten ausgewiesen. Bilanztechnisch werden diese Fälle damit neutralisiert.

Im Jahr 2012 hat sich der Bestand an fremden Finanzmitteln um 334,8 T€ auf 139,4 T€ reduziert.

5.3 Entwicklung der Kredite

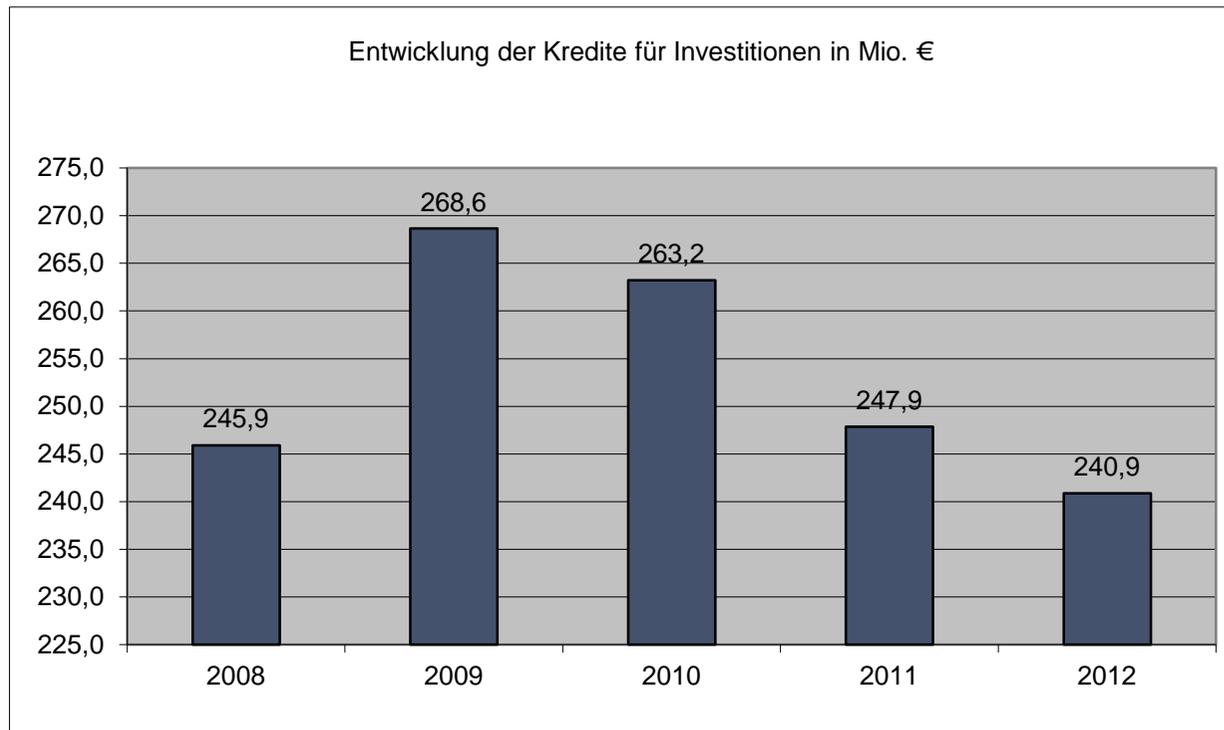
5.3.1 Entwicklung der Kredite zur Liquiditätssicherung

Die Summe der Liquiditätsbedarfe spiegelt sich in der Veränderung der Liquiditätskredite und der Liquiden Mittel im Verlauf des Jahres 2012 wider.

Abstimmung der Liquiden Mittel zwischen der Finanzrechnung und der Bilanz zum 31.12.2012					
Finanzrechnung 2012		Bilanzveränderung			
	31.12.2012 in Mio. €	01.01.2012 in Mio. €	31.12.2012 in Mio. €	Veränderung in Mio. €	
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	10,07				
Saldo aus laufender Investitionstätigkeit	-8,50				
Tilgung von Investitionskrediten	-15,92	Liquiditätskredite	-141,23	-146,52	-5,29
Aufnahme von Investitionskrediten	9,00	„Schwebeposten“	-1,48	-1,49	0,00
Änderung der fremden Finanzmittel	0,14	Liquide Mittel	0,22	0,31	0,08
Summe	-5,21	Summe	-142,49	-147,70	-5,21

5.3.2 Entwicklung der Kredite für Investitionen

Durch die Tilgung in Höhe von 15,9 Mio. € konnte der Stand der Kreditverbindlichkeiten weiter reduziert werden. Im Jahr 2012 wurden neue Investitionskredite in Höhe von 9,0 Mio. € aufgenommen. Die Kredite für Investitionen belaufen sich zum 31.12.2012 auf 240,99 Mio. € und sind gegenüber dem Stand zum 01.01.2012 von 247,9 Mio. € um 7,0 Mio. € zurückgegangen.



6 Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im laufenden Jahr

6.1 Allgemeine Hinweise zur Analyse der Teilergebnisse

Im Lagebericht ist gem. § 48 GemHVO eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse zu erstellen. In die Analyse sollen die produktorientierten Ziele und Kennzahlen nach § 12 GemHVO mit einbezogen werden.

Im folgenden Kapitel werden die Teilergebnisrechnung je Amt dargestellt und die wesentlichsten Abweichungen erläutert. Eine Aufstellung der Investitionen folgt im anschließenden Kapitel.

Der Fachbereich Finanzen erstellt je Amt eine Gesamtübersicht über die Ziele, Teilergebnis- und Teilfinanzrechnung, Investitionsmaßnahmen, Produktübersicht und eine Analyse der Produkte. Diese Informationen werden als Anlage zum Jahresabschluss erstellt und sind mit der Einbringung des Jahresabschlusses auf der Internetseite der Stadt Hamm „<http://www.hamm.de/haushalt.html>“ online abrufbar. Den Fraktionen wird je ein Druckexemplar zur Verfügung gestellt.

6.2 Analyse der Teilergebnisrechnungen der einzelnen Ämter

Dezernat I	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 01	
Büro des Oberbürgermeisters	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-4.758.688,44 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-4.979.041,14 € Zuschussbedarf 220.352,70 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ höhere ordentliche Erträge (insbes. Projekt "Ab in die Mitte" und verbesserte Auslastung Schloss Oberwerries)	144.655,07 €
▶ höherer Aufwand für Sach- und Dienstleistungen	-78.132,09 €
▶ geringere sonstige ordentliche Aufwendungen (insbes. Aufwandsentschädigungen für Mandatsträger 233.429,60 €)	409.603,69 €
▶ geringeren Transferaufwendungen	35.751,50 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	-291.525,47 €

Dezernat I	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 50	
Sozialamt	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-60.158.784,10 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-65.264.667,53 € Zuschussbedarf 5.105.883,43 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ geringere Bedarfe Grundsicherung (SGB XII)	1.574.619,61 €
▶ geringere Bedarfe Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII)	419.400,88 €
▶ geringere Bedarfe Hilfe b. Pflegebedürftigkeit (SGB XII ua.)	47.318,07 €
▶ geringere Bedarfe Sonstige Sozialtransferleistungen (SGB XII)	1.740.074,21 €
▶ geringere Bedarfe Kosten für Unterkunft und Heizung (SGB II)	460.327,36 €
▶ geringere Bedarfe Eingliederung (SGB II)	302.554,07 €
▶ geringere Bedarfe Einmalige Beihilfen (SGB II)	278.408,18 €
▶ geringere Bedarfe Kommunale Eingliederung (§ 16a SGB II)	63.269,67 €
▶ Zuweisung Bildung- u. Teilhabepaket (SGB II)	-20.744,27 €
▶ geringere Bedarfe Kommunale Arbeitsmarktförderung	152.965,42 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	87.690,23 €
Überwiegend waren die Verbesserungen bereits im Rahmen der Fortschreibung zum Stärkungspakt (Beschussvorlage 0995/12) eingeflossen.	

Dezernat I	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 51	
Jugendamt	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-61.184.468,55 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um schlechter ab.	-60.588.890,62 € Zuschussbedarf -595.577,93 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ Hilfen in Pflegefamilien	-1.819,16 €
▶ Ambulante Hilfen	-303.496,72 €
▶ Hilfen in Heimeinrichtungen	-668.579,76 €
▶ Inobhutnahme	17.763,48 €
▶ Mutter-Kind-Hilfen in Heimeinrichtungen	-206.949,65 €
▶ Eingliederungshilfe f. seel. Beh. Kinder u. Jugendliche	-435.345,87 €
▶ Bildung u. Förderung v. Kindern innerhalb u. außerhalb v. Tageseinrichtungen	215.284,92 €
▶ Kinder- u. Jugendarbeit	169.000,94 €
▶ Unterstützung für junge Menschen u. ihre Familien	-395.868,02 €
▶ Unterhaltsvorschuss	549.810,02 €
▶ Kinder u. familienfreundliche Stadt u. Elternbildung	451.766,03 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	12.855,86 €
<p>Trotz gleichbleibender Fallzahlen im Bereich der Heimerziehung wurde der geplante Haushaltsansatz aufgrund steigender Aufwendungen und Auszahlungen von Transferleistungen für Hilfen zur Erziehung überschritten. Obwohl im Rahmen des Stärkungspaktes die betroffenen Ansätze bereits angepasst wurden, musste der nicht im Stärkungspakt berücksichtigte Mehrbedarf überplanmäßig bereitgestellt werden. Insbesondere waren die Mehrbedarfe in den Bereichen: Ambulante Hilfen, Hilfen in Pflegefamilien, Hilfen in Heimeinrichtungen, Mutter-Kind-Hilfen in Heimeinrichtungen und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche zu decken.</p>	

Dezernat I	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 52	
Amt für soziale Integration	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-6.628.628,42 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-6.628.945,74 € Zuschussbedarf 317,32 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ höherer Zuschussbedarf für das Produkt Aufenthaltsregelungen für Ausländer	-14.078,68 €
▶ geringerer Zuschussbedarf für das Produkt Angelegenheiten für Menschen mit Behinderungen	38.599,66 €
▶ höherer Zuschussbedarf für das Produkt Versicherungs- und Rentenangelegenheiten	-10.638,61 €
▶ geringerer Zuschussbedarf für das Produkt Übergangsheime für Spätaussiedler und Asylbewerber	110.779,41 €
▶ höherer Zuschussbedarf für das Produkt Beratung/Betreuung von Migrantinnen und Migranten	-11.615,88 €
▶ höherer Zuschussbedarf für das Produkt Hilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	-102.671,26 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	-10.057,32 €

Dezernat I	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 53	
Gesundheitsamt	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-4.868.811,40 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-5.194.349,77 € Zuschussbedarf 325.538,37 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ höhere Kostenerstattungen Mehrerträge aufgrund neuer Aufgabe "Beauftragte Stellen nach § 67 SGB XII". Die Aufgabe wurde im lfd. Haushaltsjahr 2012 vom Landschaftsverband W.-L. übernommen (Produkt 070402).	14.986,81 €
▶ geringere Personalaufwendungen	169.030,17 €
▶ geringere Aufwendungen Sach- u. Dienstleistungen Einsparungen im Bereich der Unterbringungskosten für TBC-Erkrankungen	28.026,04 €
▶ geringere Transferaufwendungen Verbesserung aufgrund der geringeren Festsetzung der zu leistenden Krankenhausfinanzierungsumlage zu den pauschal veranschlagten Kosten	89.640,66 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	23.854,69 €

Dezernat I	2012
	Teilergebnisrechnung
ZD 031	
Amt für Organisation und Informationsverarbeitung	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-3.732.443,53 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-4.472.819,07 € Zuschussbedarf 740.375,54 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ zusätzliche ordentliche Erträge (insbes. Erstattungen verbundener Unternehmen und Rückzahlung der citeq)	212.640,24 €
▶ geringere Personalaufwendungen	114.260,58 €
▶ geringere Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen (insbes. gesunkene Leistungsentgelte an die citeq und geringere Aufwendungen für Softwarepflege)	232.823,51 €
▶ höhere Bilanzielle Abschreibungen (insbes. Wegfall des Festwertes für PCs und sonst. Hardware)	-693.068,41 €
▶ geringere Sonstige ordentliche Aufwendungen (insbes. Wegfall des Festwertes für PCs und sonst. Hardware und Einsparungen im Bereich Porto und Telekommunikation)	800.138,89 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	73.580,73 €

Dezernat I	2012
	Teilergebnisrechnung
ZD 032	
Personalamt	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-2.539.761,84 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-2.756.888,60 € Zuschussbedarf 217.126,76 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ zusätzliche ordentliche Erträge (insbes. Kostenerstattungen u. Kostenumlagen)	201.677,05 €
▶ geringere Transferaufwendungen (insbes. Auflösung d. Netzwerk Radbod GmbH)	58.090,84 €
▶ höhere sonstige ordentliche Aufwendungen (insbes. gestiegene Kosten für externe Stellenausschreibungen)	-49.796,05 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	7.154,92 €

Dezernat I	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 410	
Kulturbüro	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-1.292.243,54 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-1.534.503,24 € Zuschussbedarf 242.259,70 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ zusätzliche ordentliche Erträge (insbes. Landeszuweisung für das Projekt "Kulturrucksack NRW")	42.313,71 €
▶ höhere Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen (u.a. für das Projekt "Kulturrucksack NRW" und Ausgaben für Mieten für Geräte, die durch verstärkte Kooperation mit der Hallenmanagement Hamm GmbH und entsprechend Wegfall von Auftragsvergaben an Dritte bei den Sonst. Ordentl. Aufwendungen reduziert sind)	-131.707,32 €
▶ geringere sonstige ordentliche Aufwendungen (korrespondiert mit den höheren Aufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen; zudem geringere Miet- und Pachtzahlungen für Spielstätten, Einsparungen bei Büromaterial, Druckprodukten und Catering)	162.991,30 €
▶ geringere Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen (ILB für Miete, Betriebskosten und Dienstleistungen)	193.481,52 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	-24.819,51 €

Dezernat I	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 411	
Stadtarchiv	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-611.820,69 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit	-556.342,07 € Zuschussbedarf
schließt die Teilergebnisrechnung um	-55.478,62 €
schlechter ab.	
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ geringere ordentliche Aufwendungen (insbes. bei Personal- und Abschreibungsaufwendungen)	22.572,71 €
▶ höhere Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen (ILB für Miete, Betriebskosten und Dienstleistungen)	-78.575,28 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	523,95 €

Dezernat I	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 412	
Stadtbücherei	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-1.982.702,33 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-2.154.235,64 € Zuschussbedarf 171.533,31 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ zusätzliche ordentliche Erträge (insbes. aus der Auflösung des Sonderpostens aus der Investitionspauschale)	76.647,72 €
▶ höhere ordentliche Aufwendungen (insbes. bei den bilanziellen Abschreibungen für techn. Anlagen und für Betriebs- und Geschäftsausstattung)	-59.722,13 €
▶ geringere Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen (insbes. für Miete und Betriebskosten)	153.333,04 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	1.274,68 €

Dezernat I	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 413	
Städtische Musikschule	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-1.684.297,98 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit	-1.281.321,92 € Zuschussbedarf
schließt die Teilergebnisrechnung um	-402.976,06 €
schlechter ab.	
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ geringere ordentliche Erträge (insbes. geringere Gebühreneinnahmen im Bereich "JeKi")	-415.716,69 €
▶ geringere Personalaufwendungen	51.040,67 €
▶ geringere Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen	14.087,10 €
▶ höhere Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen (insbes. für Miete und Dienstleistungen)	-42.363,00 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	-10.024,14 €

Dezernat I	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 414	
Volkshochschule	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-862.074,17 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-920.981,85 € Zuschussbedarf 58.907,68 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ zusätzliche ordentliche Erträge (insbes. durch Zuwendungen für die Folgemaßnahme "Schule und Beruf 2012-14", höhere Mittel nach dem Weiterbildungsgesetz und dem Europäischen Sozialfond und weitere Projektmittel)	94.965,23 €
▶ höhere Personalaufwendungen	-98.346,72 €
▶ höhere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (insbes. für Erstattungen an den ASH und die HMH GmbH)	-37.054,19 €
▶ geringere sonstige ordentliche Aufwendungen	21.142,24 €
▶ geringere Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen (insbes. für Miete, Betriebskosten und Dienstleistungen)	64.920,36 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	13.280,76 €

Dezernat I		2012
		Teilergebnisrechnung
StA 14		
Rechnungsprüfungsamt		
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-815.609,34 €	Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit	-800.010,29 €	Zuschussbedarf
schließt die Teilergebnisrechnung um	-15.599,05 €	
schlechter ab.		
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -	
▶ höhere Personalaufwendungen	-28.628,90 €	
▶ geringere Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen	13.966,09 €	
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	-936,24 €	

Dezernat II	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 20	
Amt für Finanzen und Steuern	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-846.897,28 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-1.541.951,40 € Zuschussbedarf 695.054,12 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ höhere privatrechtliche Leistungsentgelte (v.a. Bürgschaftsentgelte)	28.535,05 €
▶ höhere Kostenerstattungen und Kostenumlagen (v.a. vom ASH)	30.901,30 €
▶ höhere sonstige ordentliche Erträge durch Verzinsung der Gewerbesteuer und durch die Anhebung der Wertgrenzen für Einzelwertberichtigungen	1.031.525,95 €
▶ höhere Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen v.a. Nachveranlagung Gewerbesteuern	-298.426,93 €
▶ höhere Personalaufwendungen	-149.261,70 €
▶ geringere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen geringerer Aufwand bei den Kosten für die Citeq	145.407,69 €
▶ geringere bilanzielle Abschreibungen	15.522,46 €
▶ höhere sonstige ordentliche Aufwendungen v.a. Bildung einer Rückstellung für die anstehenden Prüfung durch die GPA in	-145.434,47 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	36.284,77 €

Dezernat II	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 21	
Stadtkasse	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-907.950,72 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-1.445.436,94 € Zuschussbedarf 537.486,22 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/-schlechter -
▶ höhere sonstige ordentliche Erträge Mehrerträge bei den Nebenforderungen und durch Anhebung der Wertgrenze für Einzelwertberichtigungen	400.778,95 €
▶ höhere Personalaufwendungen	-164.784,34 €
▶ geringere Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen Mindestaufwand bei den Zahlungen an die Citeq durch verzögerte Einführung der AVVISO Software im Forderungsmanagement	141.026,25 €
▶ höhere bilanzielle Abschreibungen	-42.980,82 €
▶ geringere Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	220.825,56 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	-17.379,38 €

Dezernat II	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 22	
Controllingamt	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-1.812.807,89 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um schlechter ab.	-1.774.897,53 € Zuschussbedarf -37.910,36 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ öffentlich rechtliche Leistungsentgelte Mehrerträge bei den Benutzungsgebühren	97.450,42 €
▶ Kostenerstattungen und Kostenumlagen v.a. geringere Personalkostenerstattungen	-22.041,71 €
▶ höhere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen v.a. höhere Erstattungen an den ASH	-188.637,98 €
▶ geringerer Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	58.641,95 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	16.676,96 €

Dezernat II	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 24	
Stabsstelle Konzern	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	7.997.230,66 € Überschuss
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um schlechter ab.	11.495.666,01 € Überschuss -3.498.435,35 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ höhere Zuwendungen (v.a. aus einer Rückstellung von Projektmitteln durch die WFH: Spitzabrechnung 2011 für das Projekt "Regionalagentur")	68.060,66 €
▶ höhere Kostenerstattungen und Kostenumlagen (v. a. Personalkostenerstattungen von der WFH)	298.364,61 €
▶ geringere Personalaufwendungen	153.321,86 €
▶ geringere Finanzerträge (v.a. Gewinnabführung der Stadtwerke Hamm GmbH)	-4.048.572,34 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	30.389,86 €

Dezernat II	2012	
	Teilergebnisrechnung	
StA 40		
Schul- und Sportamt		
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-42.455.985,05 €	Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-42.803.096,30 €	Zuschussbedarf
	347.111,25 €	
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -	
▶ Zuwendung und allgemeine Umlagen	449.476,86 €	
höhere ertragswirksame Auflösungen von Sopo's		747.514,69 €
Sportpauschale: teilweise investive Verbuchung		-480.674,71 €
höhere Landesmittel für die Bereiche "OGS" und "Geld oder Stelle"		171.140,73 €
▶ geringere Personalaufwendungen	55.803,76 €	
▶ geringere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	666.644,01 €	
geringere Aufwendungen bei den Schülerbeförderungskosten und den Schulbudgetmitteln (nicht verbrauchte Schulbudgetmittel wurden neu im Doppelhaushalt 2013/14 veranschlagt)		
▶ höhere bilanzielle Abschreibungen	-998.059,12 €	
Auflösung der Festwerte bei Musikinstrumenten, div. Räumen, Medien, Wandkarten und Küchen		
▶ Transferaufwendungen	177.130,49 €	
v.a. Minderaufwand bei der Sportpauschale (nicht verbrauchte Mittel der Schulpauschale wurden in das Jahr 2013 übertragen)		
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	-3.884,75 €	

Dezernat II		2012
		Teilergebnisrechnung
ZSV		
Zentrale Submissions- und Vergabestelle		
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-150.537,97 €	Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-175.849,89 €	Zuschussbedarf
	25.311,92 €	
Dieses ist zurückzuführen auf:		besser +/schlechter -
► Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	25.311,92 €	

Dezernat III	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 17	
Amt für Bezirksangelegenheiten	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-2.600.712,49 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-3.137.424,77 € Zuschussbedarf 536.712,28 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ zusätzliche ordentliche Erträge Ergebnisverbesserung resultiert u. a. aus Personalkostenerstattung vom Land NRW	131.174,20 €
▶ geringere ordentliche Aufwendungen Aufwendungen für Dienstleistungen sind u. a. durch zurückgehende Fallzahlen bei der Beantragung von Ausweisdokumenten gesunken	229.868,23 €
▶ geringere Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	173.700,84 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	1.969,01 €

Dezernat III	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 30	
Rechtsamt	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	970.437,18 € Überschuss
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	439.212,12 € Überschuss 531.225,06 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ zusätzliche sonstige ordentliche Erträge	603.923,30 €
▶ höhere Personalaufwendungen	-410.481,91 €
▶ höhere bilanzielle Abschreibungen	-145.038,33 €
▶ höherer Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	369.951,90 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	112.870,10 €

Dezernat III	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 31	
Umweltamt	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-1.937.948,37 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um schlechter ab.	-1.871.114,03 € Zuschussbedarf -66.834,34 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ zusätzliche ordentliche Erträge	59.253,33 €
▶ höhere Personalaufwendungen	-166.716,15 €
▶ Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen	-25.680,29 €
▶ Bilanzielle Abschreibungen	-6.391,68 €
▶ Transferaufwendungen	69.680,60 €
Geplante Zuweisung an Zweckverbände ist nicht erfolgt	
▶ Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.437,26 €
Die Vergabe an Dritte konnte durch geeignete Maßnahmen innerhalb des Amtes als Eigenleistung durchgeführt werden.	
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	-18.417,41 €

Dezernat III	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 32	
Ordnungs- und Wahlamt	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-2.301.861,80 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit	-1.947.695,06 € Zuschussbedarf
schließt die Teilergebnisrechnung um	-354.166,74 €
schlechter ab.	
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ höhere ordentlichen Erträgen	98.144,48 €
Dies ist auf höhere Erstattungen vom Land aber auch auf geringere	
Erstattungen vom übrigen Bereich (z. B. Benutzungsgebühren für Märkte)	
zurückzuführen.	
▶ höhere sonstigen ordentlichen Aufwendungen	-47.475,21 €
v.a. entstanden hier Mehraufwendungen durch die vorgezogene Landtagswahl	
▶ geringerer Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-407.775,89 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	2.939,88 €

Dezernat III	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 37	
Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Zivilschutz	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-6.849.279,39 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-8.001.806,82 € Zuschussbedarf 1.152.527,43 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ zusätzliche ordentliche Erträge Dies ist auf nicht geplante Erträge aus der Herabsetzung bzw. Auflösung der Rückstellung für die Abgeltung der Freizeitansprüche aus Mehrarbeit der Feuerwehrleute und auf die gestiegenen Einsatzzahlen im Rettungsdienst zurückzuführen.	2.182.599,97 €
▶ höhere Personalaufwendungen	-568.921,21 €
▶ höhere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Aufgrund höherer Erträge durch die gestiegenen Transportzahlen, stieg ebenfalls die Erstattung an private Unternehmen (Fa. Herzig).	-325.092,79 €
▶ geringere bilanzielle Abschreibungen	47.027,58 €
▶ höhere sonstige ordentliche Aufwendungen Der Aufwand aus Einzelwertberichtigungen entstand durch die Forderungsbereinigung bei den Benutzungsgebühren.	-102.326,40 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen im Aufwandsbereich	-80.759,72 €

Dezernat III	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 56	
Chemisches Untersuchungsamt	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-415.633,23 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit	-407.345,42 € Zuschussbedarf
schließt die Teilergebnisrechnung um	-8.287,81 €
schlechter ab.	
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ geringere ordentliche Erträge	-26.132,00 €
geringere Erstattung von Gemeinden und -verbände	
▶ geringere Personalaufwendungen	78.102,94 €
▶ geringeren bilanzielle Abschreibungen	74.619,79 €
▶ höhere sonstige ordentliche Aufwendungen	-82.838,22 €
Rückerstattung an Träger	
▶ höhere Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	-69.516,62 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	17.476,30 €

Dezernat III	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 71	
Fleischhygieneamt	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	32.338,41 € Überschuss
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	0,00 € Überschuss 32.338,41 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ zusätzliche öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte Die Anzahl der erstellten Zertifikate für Coldstore sind gestiegen, dadurch wurden höhere Gebührenerträge erzielt. Zeitgleich erhöhte sich dadurch der Personalaufwand und die Erstattung an Westfleisch.	413.594,09 €
▶ höhere Personalaufwendungen siehe Mehrerträge	-111.030,84 €
▶ höhere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen siehe Mehrerträge	-277.119,60 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	6.894,76 €

Dezernat VI	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 60	
Bauverwaltungsamt	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-2.112.249,93 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-2.177.801,61 € Zuschussbedarf 65.551,68 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ höhere sonstige ordentliche Erträge (v.a. im Friedhofsbereich aus dem Verkauf von Altgeräten sowie der Abrechnung von ASH-Leistungen und Wasserlieferungen)	53.546,09 €
▶ höhere Erträge aus Kostenerstattungen (v.a. von übrigen Bereichen aus Anschlussbeiträgen und Kostenersatz)	507.877,35 €
▶ höhere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (v.a. Erstattungen an Lippeverband)	-479.683,66 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	-16.188,10 €

Dezernat VI	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 61	
Stadtplanungsamt	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-2.342.836,14 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-3.252.189,49 € Zuschussbedarf 909.353,35 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ höhere Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen (v.a. von übrigen Bereichen für formelle Planungen)	30.915,06 €
▶ geringere Personalaufwendungen	284.176,32 €
▶ höhere Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen (insb. Einweihung Lippepark, Veranstaltungen (Fahrradmarkt, Sattelfest) sowie Verkehrsbericht 2013)	-63.395,76 €
▶ höhere Zuwendungen und allgemeine Umlagen (v.a. für lfd. Zwecke vom Land insbes. zur Förderung der Ausbildungsverkehre)	864.926,43 €
▶ höhere Transferaufwendungen (insb. Zuschuss an Stadtwerke → ÖPNV-Pauschale 2012)	-535.142,63 €
▶ geringere sonstige ordentliche Aufwendungen (v.a. für Gutachten/Inanspruchnahme von Sachverständigen in den Bereichen Westen: Planung, Bürgerberatung und Öffentlichkeitsarbeit sowie Verkehrsplanung)	326.295,34 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	1.578,59 €

Dezernat VI	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 62	
Vermessungs- und Katasteramt	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-4.192.481,01 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-4.236.907,82 € Zuschussbedarf 44.426,81 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ höhere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus der Investitionspauschale, welche aufgrund der Eröffnungsbilanzprüfung konkreten Maßnahmen zugeordnet werden mussten, da sie vorher in den Zentralen Finanzen abgebildet waren sind diese Erträge haushaltsneutral	101.674,02 €
▶ höhere Kostenerstattungen (v.a. nicht planbare zusätzliche Landesmittel im Bereich Geobasisdaten und Erstattung zuviel gezahlter Benutzungsentgelte vom ASH)	74.521,24 €
▶ höhere Erträge aus aktivierten Eigenleistungen (v.a. im Bereich Ingenieurvermessung einschl. Photogrammetrie)	66.848,34 €
▶ höhere Personalaufwendungen	-128.895,66 €
▶ höhere bilanzielle Abschreibungen (v.a. auf Vermögensgegenstände über 410 € durch Beschaffung von Hard- und Softwarekomponenten)	-70.562,50 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	841,37 €

Dezernat VI	2012
StA 63 Bauordnungsamt	Teilergebnisrechnung
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-489.200,52 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-490.986,75 € Zuschussbedarf 1.786,23 €

Dezernat VI	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 64	
Wohnungsförderungsamt	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-1.603.273,17 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit	-1.531.065,15 € Zuschussbedarf
schließt die Teilergebnisrechnung um	-72.208,02 €
schlechter ab.	
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ geringere öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (v.a. Fördermittel zu Eigenheimförderung, da die Wohnraumförderung im Eigenheimbereich vom Land zugunsten der Mietraumförderung zurückgefahren wurde und einmalige Korrekturbuchung der Benutzungsgebühren durch falsche Sollstellungen)	-53.572,19 €
▶ geringere Kostenerstattungen (v.a. vom Land in den Bereichen Überwachung der Zweckbindung geförderter Wohnungen und Hilfen für Wohnungslose)	-18.316,01 €
▶ geringere bilanzielle Abschreibungen (v.a. auf Betriebs- und Geschäftsausstattung)	6.064,04 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	-6.383,86 €

Dezernat VI	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 23	
Kaufmännisches Immobilienmanagement	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-3.076.669,04 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-9.787.672,36 € Zuschussbedarf 6.711.003,32 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ höhere Kostenerstattungen (v.a. von verbundenen Unternehmen aus Energielieferverträgen für 2011, die nicht planbar sind und Erstattung von Reinigungskosten, welche in einer anderen Position geplant waren)	193.611,20 €
▶ höhere sonstige ordentliche Erträge (v.a. aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden insb. Sulkshege, ehem. Stadtgärtnerei, ASH-Gebäude)	2.038.418,52 €
▶ höhere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus der Investitionspauschale: aufgrund der Eröffnungsbilanzprüfung mussten die Anfangsbestände konkreten Maßnahmen zugeordnet werden; da die Mittel vorher in den Zentralen Finanzen abgebildet wurden, sind diese Erträge haushaltsneutral	
und höhere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen vom Land durch: - nicht geplante KP II-Maßnahmen - Festlegung der Nutzungsdauer des HVK-Forums auf 60, statt geplante 40 Jahre - Änderung der Nutzungsdauer für beschlossene abzureißende Gebäude	3.017.648,90 €
▶ höhere bilanzielle Abschreibungen (v.a. durch - nicht geplante KP II-Maßnahmen - Festlegung der Nutzungsdauer des HVK-Forums auf 60, statt geplante 40 Jahre - Änderung der Nutzungsdauer für beschlossene abzureißende Gebäude)	-770.005,99 €
▶ geringere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (v.a. durch Mittelbereitstellung für die Straßenunterhaltung im StA 66)	626.383,65 €
▶ geringere sonstige ordentliche Aufwendungen (v.a. Leasingraten für das technische Rathaus wurden begünstigt durch die positive Kursentwicklung Schweizer Franken - Euro)	970.619,14 €
▶ geringere Zinsaufwendungen für laufende Investitionskredite (insb. durch Begrenzung des Kreditvolumens im Rahmen des Stärkungspaktes)	538.771,38 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	95.556,52 €

Dezernat VI	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 65	
Technisches Immobilienmanagement	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-134.424,82 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-193.548,40 € Zuschussbedarf 59.123,58 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ höhere weitere sonstige ordentlichen Erträge (v.a nicht vorhersehbare Zwangsgelder in Denkmalverfahren und nicht vorhersehbare Kostenerstattungen für Bauprojekte in gerichtlichen Verfahren)	24.781,34 €
▶ höhere Erträge aus aktivierten Eigenleistungen (gem. der HSP-Maßnahme konnten Verbesserungen im Rahmen verschiedener Bauprojekte sowie in der Bauunterhaltung erreicht werden)	629.062,12 €
▶ höhere Personalaufwendungen	-103.823,01 €
▶ geringere bilanzielle Abschreibungen (v.a. auf auf immaterielle Vermögensgegenstände über 410 €)	21.722,19 €
▶ geringere Transferaufwendungen (gem. der HSP-Maßnahme wurden keine Förderbeträge an private Denkmaleigentümer ausgezahlt)	10.000,00 €
▶ geringere sonstige ordentlichen Aufwendungen (v.a. wurden geringere Kilometerentschädigungen von den Mitarbeitern abgerechnet, Miet- und Pachtbeträge sind nicht in veranschlagter Höhe angefallen und es wurden weniger externe Planungsaufträge erteilt)	86.701,56 €
▶ geringerer Saldo aus internen Leistungsbeziehungen (v.a. Erträge aus ILB von StA 23 und Aufwendungen aus ILB für Miete)	-599.458,19 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	-9.862,43 €

Dezernat VI	2012
	Teilergebnisrechnung
StA 66	
Tiefbau- und Grünflächenamt	
Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-30.523.582,15 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-32.925.919,11 € Zuschussbedarf 2.402.336,96 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ höhere öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (v.a. Gebührenerhöhung durch Änderung der Abwassergebührensatzung zum 01.01.12)	2.965.879,28 €
▶ höhere weitere sonstige ordentliche Erträge (v.a. Rückforderung von der DB AG aus Vorjahren für den Neubau des Eisenbahnübergangs Frielicker Weg) und höhere Erträge aus Nachaktivierungen - Auflösung von nicht zugeordneten Sonderposten (negative Anlagen), welche beim Aufstellen der Eröffnungsbilanz gebildet wurden)	1.149.781,64 €
▶ geringere bilanzielle Abschreibungen (v.a. im Bereich der Straßenbeleuchtung durch Erhöhung der Nutzungsdauer von 25 auf 35 Jahre und außerplanmäßige Abschreibungen durch genauere Ermittlung der Restwerte bei investiven Straßenbaumaßnahmen durch Softwarewechsel)	1.302.646,31 €
▶ höhere sonstige ordentliche Aufwendungen (v.a. Wertveränderungen bei Sachanlagen: Korrekturbuchungen von Doppelveranschlagungen zur Eröffnungsbilanz in den Bereichen Verkehrsflächen und Ingenieurbauwerke)	-2.970.867,68 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	-45.102,59 €

Allgemeine Finanzen

Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	252.450.005,64 € Überschuss
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	199.718.973,00 € Überschuss 52.731.032,64 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ höhere Steuern und ähnliche Abgaben (v.a. Erträge aus der Gewerbesteuer und höherer Gemeindeanteil an der Einkommensteuer)	12.728.845,65 €
▶ höhere Zuwendungen und allgemeine Umlagen (v.a. Schlüsselzuweisungen des Landes und Mittel aus dem Stärkungspakt)	38.760.010,20 €
▶ höhere sonstige ordentliche Erträge (v.a. Herabsetzung der Einzelwertberichtigung 2012)	2.580.274,98 €
▶ höhere Transferaufwendungen (v.a. höhere Landschaftsumlage und Nichtinanspruchnahme der Mittel aus der Abrechnung des Solidarbeitrages)	-1.321.553,57 €
▶ höhere sonstige ordentliche Aufwendungen (v.a. Veränderung/Erhöhung der Pauschalwertberichtigung 2012)	-3.117.287,43 €
▶ geringere Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (insbes. für Liquiditätskredite)	2.719.554,75 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	381.188,06 €

Nicht budgetierte Personalangelegenheiten

Die Teilergebnisrechnung beläuft sich auf:	-10.048.406,07 € Zuschussbetrag
Gegenüber der Haushaltsplanung mit schließt die Teilergebnisrechnung um besser ab.	-19.372.681,00 € Zuschussbedarf 9.324.274,93 €
Dieses ist zurückzuführen auf:	besser +/schlechter -
▶ höhere Zuwendungen für laufende Zwecke von der gesetzlichen Sozialversicherung	405.596,87 €
▶ geringere Personalkostenerstattungen vom Land und von Gemeinden	-2.095.865,44 €
▶ geringere Personalaufwendungen (v.a. geringere Zuführung zu Rückstellungen zur Altersteilzeit für Tarfbeschäftigte)	934.438,15 €
▶ geringere Versorgungsaufwendungen (v.a. geringere Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Ruhestandsbeamte	10.116.573,80 €
▶ Veränderungen in verschiedenen Einzelpositionen	-36.468,45 €

6.3 Investitionen der Ämter: Ergebnisse 2012

Amt		fortgeschriebener Ansatz	Ist	besser (+) / schlechter (-)	Inanspruchnahme des Ansatzes
01 Büro des OB	Einzahlungen	0	0	0	
	Auszahlungen	-15.310	-7.824	7.486	51%
	Saldo	-15.310	-7.824	7.486	51%
14 Rechnungsprüfungsamt	Einzahlungen	0	0	0	
	Auszahlungen	-1.200	-443	757	37%
	Saldo	-1.200	-443	757	37%
50 Sozialamt	Einzahlungen	0	1.190	1.190	
	Auszahlungen	-56.000	-33.111	22.889	59%
	Saldo	-56.000	-31.921	24.079	57%
51 Jugendamt	Einzahlungen	0	56.904	56.904	
	Auszahlungen	-741.390	-387.959	353.431	52%
	Saldo	-741.390	-331.055	410.335	45%
52 Amt für soziale Integration	Einzahlungen	0	1.287	1.287	
	Auszahlungen	-17.000	-18.105	-1.105	106%
	Saldo	-17.000	-16.817	183	99%
53 Gesundheitsamt	Einzahlungen	0	0	0	
	Auszahlungen	-3.000	-2.815	185	94%
	Saldo	-3.000	-2.815	185	94%
031 Organisation und Informationsverarbeitung	Einzahlungen	0	4.630	4.630	
	Auszahlungen	-1.038.880	-1.437.803	-398.923	138%
	Saldo	-1.038.880	-1.433.173	-394.293	138%

Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im laufenden Jahr

Amt		fortgeschriebener Ansatz	Ist	besser (+) / schlechter (-)	Inanspruchnahme des Ansatzes
032 Personalamt	Einzahlungen	0	0	0	
	Auszahlungen	-3.000	-1.102	1.898	37%
	Saldo	-3.000	-1.102	1.898	37%
410 Kulturbüro	Einzahlungen	0	0	0	
	Auszahlungen	-3.000	-2.985	15	100%
	Saldo	-3.000	-2.985	15	100%
411 Stadtarchiv	Einzahlungen	0	0	0	
	Auszahlungen	-2.000	-3.484	-1.484	174%
	Saldo	-2.000	-3.484	-1.484	174%
412 Stadtbüchereien	Einzahlungen	0	62.290	62.290	
	Auszahlungen	-540.000	-347.434	192.566	64%
	Saldo	-540.000	-285.144	254.856	53%
413 Städtische Musikschule	Einzahlungen	142.500	100.823	-41.677	71%
	Auszahlungen	-225.700	-150.755	74.945	67%
	Saldo	-83.200	-49.932	33.268	60%
414 Volkshochschule	Einzahlungen	0	388	388	
	Auszahlungen	-10.000	-8.216	1.784	82%
	Saldo	-10.000	-7.828	2.172	78%
20 Amt für Finanzen und Steuern	Einzahlungen	0	0	0	
	Auszahlungen	-2.000	-1.460	540	73%
	Saldo	-2.000	-1.460	540	73%
21 Stadtkasse	Einzahlungen	0	0	0	
	Auszahlungen	-2.000	-1.634	366	82%
	Saldo	-2.000	-1.634	366	82%

Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im laufenden Jahr

Amt		fortgeschriebener Ansatz	Ist	besser (+) / schlechter (-)	Inanspruchnahme des Ansatzes
22 Controllingamt	Einzahlungen	15.720	16.439	719	105%
	Auszahlungen	-2.000	-1.723	277	86%
	Saldo	13.720	14.716	996	107%
24 Stabsstelle Konzern	Einzahlungen	305.810	311.859	6.049	102%
	Auszahlungen	0	0	0	
	Saldo	305.810	311.859	6.049	102%
ZSV Zentrale Submissions- und Vergabestelle	Einzahlungen	0	0	0	
	Auszahlungen	-1.000	-120	880	12%
	Saldo	-1.000	-120	880	12%
40 Schul- und Sportamt	Einzahlungen	0	902.826	902.826	
	Auszahlungen	-1.764.600	-2.022.956	-258.356	115%
	Saldo	-1.764.600	-1.120.130	644.470	63%
17 Amt für Bezirksangelegenheiten	Einzahlungen	0	676	676	
	Auszahlungen	-17.000	-12.929	4.071	76%
	Saldo	-17.000	-12.253	4.747	72%
30 Rechtsamt	Einzahlungen	0	0	0	
	Auszahlungen	-6.000	-354.810	-348.810	5914%
	Saldo	-6.000	-354.810	-348.810	5914%
31 Umweltamt	Einzahlungen	989.845	1.448.952	459.107	146%
	Auszahlungen	-1.957.726	-1.251.022	706.704	64%
	Saldo	-967.881	197.930	1.165.811	-20%
32 Ordnungs- und Wahlamt	Einzahlungen	500	759	259	152%
	Auszahlungen	-4.600	-3.718	882	81%
	Saldo	-4.100	-2.959	1.141	72%

Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im laufenden Jahr

Amt		fortgeschriebener Ansatz	Ist	besser (+) / schlechter (-)	Inanspruchnahme des Ansatzes
37 Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Zivilschutz	Einzahlungen	275.510	320.543	45.033	116%
	Auszahlungen	-1.146.000	-1.039.455	106.545	91%
	Saldo	-870.490	-718.913	151.577	83%
56 Chemisches Untersuchungsamt	Einzahlungen	0	0	0	
	Auszahlungen	-100.000	-99.991	9	100%
	Saldo	-100.000	-99.991	9	100%
71 Fleischhygieneamt	Einzahlungen	0	0	0	
	Auszahlungen	-500	0	500	0%
	Saldo	-500	0	500	0%
60 Bauverwaltungsamt	Einzahlungen	0	38.511	38.511	
	Auszahlungen	-114.000	-133.909	-19.909	117%
	Saldo	-114.000	-95.398	18.602	84%
61 Stadtplanungsamt	Einzahlungen	0	0	0	
	Auszahlungen	-5.000	-2.180	2.820	44%
	Saldo	-5.000	-2.180	2.820	44%
62 Vermessungs- und Katasteramt	Einzahlungen	0	576	576	
	Auszahlungen	-56.000	-40.291	15.709	72%
	Saldo	-56.000	-39.716	16.284	71%
63 Bauordnungsamt	Einzahlungen	0	0	0	
	Auszahlungen	-2.000	-2.193	-193	110%
	Saldo	-2.000	-2.193	-193	110%
64 Wohnungsförderungsamt	Einzahlungen	12.940	216.641	203.701	1674%
	Auszahlungen	-3.000	-1.351	1.649	45%
	Saldo	9.940	215.289	205.349	2166%

Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im laufenden Jahr

Amt		fortgeschriebener Ansatz	Ist	besser (+) / schlechter (-)	Inanspruchnahme des Ansatzes
23 Kaufm. Immobilienmanagement	Einzahlungen	7.451.500	9.203.230	1.751.730	124%
	Auszahlungen	-10.568.875	-10.708.389	-139.513	101%
	Saldo	-3.117.375	-1.505.159	1.612.217	48%
65 Techn. Immobilienmanagement	Einzahlungen	0	0	0	
	Auszahlungen	-4.000	-3.891	109	97%
	Saldo	-4.000	-3.891	109	97%
66 Tiefbau- und Grünflächenamt	Einzahlungen	13.200.000	9.201.031	-3.998.970	70%
	Auszahlungen	-21.674.036	-17.042.917	4.631.119	79%
	Saldo	-8.474.036	-7.841.887	632.149	93%
Zentrale Finanzen <i>Investitionstätigkeit</i>	Einzahlungen	4.040.000	4.734.489	694.489	117%
	Auszahlungen	0	0	0	
	Saldo	4.040.000	4.734.489	694.489	117%
Zentrale Finanzen <i>Finanzierungstätigkeit</i> <i>(ohne Kredite zur Liquiditätssicherung)</i>	Einzahlungen	12.050.100	9.000.000	-3.050.100	75%
	Auszahlungen	-16.600.000	-15.923.643	676.357	96%
	Saldo	-4.549.900	-6.923.643	-2.373.743	152%
Investitionstätigkeit gesamt	Einzahlungen	26.434.325	26.624.042	189.717	101%
	Auszahlungen	-40.086.817	-35.126.974	4.959.843	88%
	Saldo	-13.652.492	-8.502.932	5.149.560	62%

Im Haushaltsjahr 2012 waren Nettoinvestitionen i.H.v. rd. 13,65 Mio. € vorgesehen. Davon wurden rd. 8,5 Mio. € tatsächlich zahlungswirksam. Schlägt man die übertragenen Mittel (vgl. Punkt 6.3) den tatsächlichen Nettoinvestitionen des Jahres 2012 zu, so wurde ein Investitionsbudget i.H.v. netto 12,2 Mio. € (3,7 + 8,5) in Anspruch genommen.

6.4 Ermächtigungsübertragungen

	in der Finanzrechnung	in der Ergebnisrechnung
konsumtiven Ermächtigungsübertragungen		
51 Jugendamt	388.151,00 €	
52 Amt für soziale Integration	60.358,81 €	
17 Amt für Bezirksangelegenheiten	19.718,72 €	19.718,72 €
31 Umweltamt	195.615,00 €	
61 Stadtplanungsamt	229.435,24 €	
62 Vermessungs- und Katasteramt	186.457,34 €	
gesamt:	1.079.736,11 €	19.718,72 €
investive Ermächtigungsübertragungen		
40 Schul- und Sportamt	417.488,00 €	
31 Umweltamt	1.048.106,04 €	
60 Bauverwaltungsamt	1.439.491,78 €	
66 Tiefbau- und Grünflächenamt	795.000,00 €	
gesamt:	3.700.085,82 €	

Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 22 GemHVO wurden grds. nur in zweckgebundenen Fällen übertragen. Sie erhöhen die Haushaltsermächtigungen des Jahres 2013.

Auf der konsumtiven Auszahlungsseite wurden ca. 1,08 Mio. € aus dem Jahr 2012 in das Jahr 2013 übertragen. In Höhe der übertragenen Ermächtigungen für Aufwendungen (19.718,72 €) wird eine zweckgebundene Deckungsrücklage im Eigenkapital angesetzt.

In 2012 wurden auf der investiven Auszahlungsseite ca. 3,7 Mio. € übertragen, welche die Haushaltsermächtigungen für Investitionen im Jahr 2013 erhöhen.

Erläuterungen der konsumtiven Ermächtigungsübertragungen im Einzelnen:

- 51 Jugendamt Die Mittel der für den Ausbau der u3-Betreuung werden durch den LWL zweckgebunden zur Verfügung gestellt. Aufgrund der späten Zuweisung der Mittel (Juni 2012) hat sich die Maßnahme (Neubau Kita Sensburger Straße) verzögert. Auf Antrag hat der LWL den Bewilligungszeitraum bis zum 31.12.2013 verlängert. Die Finanzierung der für 2012 geplanten Maßnahme kann nur mit den Mitteln aus 2012 und damit nur durch eine Ermächtigungsübertragung sichergestellt werden.
- 52 Amt für soziale Integration Die Mittel der Ausgleichsabgabe werden durch den LWL zweckgebunden zur Verfügung gestellt. Darlehensrückzahlungen und nicht verbrauchte Mittel sind zu übertragen. Das übertragene Budget wird bei der Berechnung der neuen Zuweisung vom LWL berücksichtigt.
- 17 Amt für Bezirksangelegenheiten - Am 24.06.1997 hat der Rat mehrheitlich die BV 2768 und 1. Erg.: „Müllverbrennungsanlage, Entsorgungsverbundkonzept“ beschlossen. Unter Punkt 4 wurde die Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Inanspruchnahme der MVA mit dem Kreis Unna beschlossen.
Als Ausgleich für die entfallenden Strukturausgleichszahlungen aus dem Kreis Unna wurde den Bezirksvertretungen Bockum-Hövel und Herringen ein Betrag von je 500.000 DM für verbessernde Maßnahmen in den jeweiligen Stadtbezirken zur Verfügung gestellt.
Diese Mittel sind bis auf den für die Ermächtigungsübertragung vorgesehenen Betrag für besondere Maßnahmen in diesem Bezirk verbraucht worden. Wegen der Zweckbindung muss der Restbetrag dem Bezirk Bockum-Hövel zur eigenen Verwendung bis zum endgültigen Verbrauch zur Verfügung gestellt werden.
- Die zweckgebundenen Mittel des Bezirksbudgets Heessen wurden nicht vollständig verbraucht, so dass 650 € zu übertragen waren.
- 31 Umweltamt Im Rahmen der Umsetzung der EG Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wurden zwei Zuwendungen (WRRL 34/11-70 und 31/12-70) zweckgebunden bewilligt. Die Maßnahmen wurden in 2012 noch nicht abgeschlossen und werden daher in 2013 weitergeführt.
- 61 Stadtplanungsamt Bei der Ausbildungsverkehr-Pauschale nach § 11 a ÖPNVG NRW und der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW handelt es sich um zweckgebundene Mittel. Bis zum Ablauf des Kalenderjahres nicht verausgabte sowie zurückerhaltene Mittel und Zinsen dürfen bis zum 30. Juni des Folgejahres für den im Bescheid bestimmten Zweck verwendet oder weitergeleitet werden.

Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im laufenden Jahr

62 Vermessungs- und Katasteramt Beim Bodenordnungsverfahren sind die Umlegungsvorteile als Einzahlungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung gemäß § 22 Abs. 3 GemHVO NRW zweckgebunden. Die entsprechende Ermächtigung zur Leistung von Auszahlungen (Grundstücke im Umlegungsfonds) muss bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar bleiben.

Erläuterungen der **investiven** Ermächtigungsübertragungen im Einzelnen:

40 Schul- und Sportamt Die Sportpauschale ist gem. § 19 GFG 2004/2005 zweckgebunden zu verwenden und kann „wenn die Zuweisungen nicht für die damit vorgesehenen Zwecke verwendet werden, für die Finanzierung späterer oder größerer Projekte angesammelt werden“.
Im investiven Bereich besteht Bedarf, da mit BV 1384/13 das Projekt „RUN“ (Rückbau – Umbau – Neubau der Hamm Sportlandschaft) mit einem Gesamtvolumen von 10 Mio. € beschlossen wurde.

31 Umweltamt Die Ersatzgelder gem. Bundesnaturschutzgesetz sind zweckgebunden und ausschließlich für Ersatzmaßnahmen (Ankauf Grundstücke und Gebäude und Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen) zu verwenden. Für die Stadt besteht eine Verpflichtung zur Durchführung der Maßnahmen gemäß §§ 4–6 LG.

60 Bauverwaltungsamt Erschließungsbeiträge und Stellplatzablösen sind zweckgebundene Einnahmen, so dass eine rechtliche Verpflichtung zur Übertragung besteht.

66 Tiefbau- und Grünflächenamt Aufgrund des erhöhten Mittelbedarfes im Bereich der Straßendeckensanierung in 2013/2014 ist es erforderlich, die noch aus 2012 zur Verfügung stehenden Mittel in das Jahr 2013 zu übertragen.

6.5 Vorgänge von besonderer Bedeutung

Durch die Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) und durch eigene Feststellungen im Rahmen der Jahresabschlussprüfung sind folgende Korrekturen im Haushaltsjahr vorgenommen worden:

Sachverhalt	Korrektur
Auflösung Anlagen für Zuwendungen Das GPA hat im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz die Bildung von negativen Anlagen für Zuwendungen beanstandet. Der Bestand des StA 66 betrug 365. Mio. €	Die Anlagen wurden Vermögensgegenständen nunmehr einzeln zugeordnet. Ein Betrag i.H.v. 493.865,51 € wurde direkt als Ertrag gebucht, da keine Zuordnung zu einem Vermögensgegenstand möglich war.
Auflösung von Anlagen im Bau In der Eröffnungsbilanz wurden Anlagen bereits inventarisiert, die gleichzeitig als Anlage im Bau geführt wurden.	Die Anlagen im Bau wurden mit einem Betrag von 2.262.059,42 € aufgelöst und belasten entsprechend die Ergebnisrechnung.

7 Betrachtung des Jahresabschlusses 2012 unter Einbeziehung der Kennzahlen des NKF-Kennzahlensets

Mit Einführung der Doppik ist - zusätzlich zur jahresbezogenen Finanzbetrachtung - ein systematisches Bild der Vermögenslage und die Ergebnisbetrachtung zum Überblick über die Erwirtschaftung des Ressourcenverbrauches hinzugefügt worden. Dies stärkt die Möglichkeiten zum nachhaltigen Wirtschaften und schafft Transparenz über die wirtschaftliche Gesamtsituation einer Kommune.

So hat das Ministerium für Inneres und Kommunales das einheitliche Kennzahlenset zur Verfügung gestellt. Damit konnte sichergestellt werden, dass die Finanzaufsicht in NRW bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit keine unterschiedlichen Kennzahlen zugrunde legt und die Betrachtung sich auf Ergebnis-, Vermögens- und Finanzaspekte erstreckt.⁶

Mit den Kennzahlen können Zeit- und Vergleichsreihen aufgebaut werden. Für die Bewertung der Entwicklung wird jede Kennzahl für die Jahre 2008 bis 2012 abgebildet.

7.1 Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation

7.1.1 Aufwandsdeckungsgrad

Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

$\text{Aufwandsdeckungsgrad} = \frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
97,5	93,9	96,5	98,0	101,0

Der Aufwandsdeckungsgrad beläuft sich im Ergebnis 2012 auf 101,0 % und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 3 % verbessert. Zum ersten Mal liegt diese Kennzahl über 100 % d.h. aus der laufenden Verwaltungstätigkeit wird ein Überschuss erwirtschaftet.

⁶ Quelle: NKF - Kennzahlenhandbuch Seite 3.

7.1.2 Eigenkapitalquote 1

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 1“ misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Die Kennzahl kann bei einer Gemeinde ein wichtiger Bonitätsindikator sein.

$\text{Eigenkapitalquote 1} = \frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
--

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
18,7	15,1	13,2	11,8	11,5

Die Eigenkapitalquote 1 ist zum Jahresende 2012 auf 11,5 % gefallen. Ursache ist das Defizit des Jahres 2012 und der Vorjahre in der Ergebnisrechnung.

7.1.3 Eigenkapitalquote 2

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2“ misst den Anteil des wirtschaftlichen Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Weil bei den Gemeinden die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese langfristigen Sonderposten erweitert.

$\text{Eigenkapitalquote 2} = \frac{(\text{Eigenkapital} + \text{SoPo Zuwendungen/Beiträge}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
57,3	51,9	50,4	49,0	49,2

Die Eigenkapitalquote 2 beläuft sich zum 31.12.2012 auf 49,2 % und liegt damit leicht über der des Jahres 2011. Die Steigerung liegt an der hohen Zuführung zu den Sonderposten im Verhältnis zur Bilanzsumme.

7.1.4 Fehlbetragsquote

Diese Kennzahl gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil. Da mögliche Sonderrücklagen hier jedoch unberücksichtigt bleiben müssen, bezieht die Kennzahl ausschließlich die Ausgleichsrücklage und die allgemeine Rücklage ein. Zur Ermittlung der Quote wird das negative Jahresergebnis ins Verhältnis zu diesen beiden Bilanzposten gesetzt.

$$\text{Fehlbetragsquote} = \frac{\text{Negatives Jahresergebnis} \times (-100)}{(\text{Ausgleichsrücklage} + \text{Allgemeine Rücklage})}$$

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
8,8	17,6	12,9	10,1	2,6

Die Fehlbetragsquote beläuft sich im Ergebnis auf 2,6 %. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Wert durch den niedrigeren Fehlbetrag um 7,5 % verringert. Eine Kennzahl von 0 %, d.h. ein positives Ergebnis, ist nach den laufenden Haushaltsplanungen ab dem Jahr 2016 möglich.

7.2 Vermögenslage

7.2.1 Infrastrukturquote

Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht.

$$\text{Infrastrukturquote} = \frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
31,8	30,7	30,2	29,4	30,1

Die Infrastrukturquote liegt bei 30,1 % und ist damit im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Die Betrachtung der Zeitreihe zeigt eine relativ konstante Entwicklung. Die Entwicklung der Investitionshöhe wird für die Entwicklung in den folgenden Jahren maßgeblich sein.

7.2.2 Abschreibungsintensität

Die Kennzahl zeigt an, in welchem Umfang die Ergebnisrechnung durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

Abschreibungsintensität =	Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen x 100
	Ordentliche Aufwendungen

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
7,0	6,7	6,6	6,3	6,6

Die Abschreibungsintensität im Ergebnis 2012 steigt leicht auf 6,6 %.

7.2.3 Drittfinanzierungsquote

Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich.

Drittfinanzierungsquote =	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten x 100
	Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
78,9	85,8	70,0	77,5	70,3

Die Drittfinanzierungsquote liegt im Ergebnis bei 70,3 %. Die Schwankungen im Betrachtungszeitraum liegen im Wesentlichen an der Höhe der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten.

7.2.4 Investitionsquote

Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgänge neue Investitionen gegenüberstehen.

Investitionsquote	=	Bruttoinvestitionen x 100
		Abgänge des Anlagevermögens + Abschreibungen auf Anlagevermögen

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
106,7	140,9	100,2	99,0	75,4

Die Investitionsquote beläuft sich zum Jahresabschluss auf 75,4 %. Durch die Begrenzung des Investitionsvolumens seitens der Genehmigungsbehörden ist der Substanzverlust durch die Abschreibungen und Abgänge höher als die neuen Investitionen.

7.3 Finanzlage

7.3.1 Anlagendeckungsgrad 2

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

Anlagendeckungsgrad 2	=	(Eigenkapital + SoPo Zuwendungen/Beiträge + Pensionsrückstellungen + Rückstellungen für Deponien und Altlasten + Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von mehr als 5 Jahren)
		x 100 Anlagevermögen

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
87,2	83,5	82,0	80,3	80,5

Der Anlagendeckungsgrad 2 liegt im Jahr 2012 bei 80,5 % und damit weiterhin auf dem Niveau der Vorjahre.

7.3.2 Dynamischer Verschuldungsgrad

Mit Hilfe der Kennzahl „Dynamischer Verschuldungsgrad“ lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Gemeinde beurteilen. Sie hat dynamischen Charakter, weil sie mit dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit aus der Finanzrechnung eine zeitraumbezogene Größe enthält. Dieser Saldo zeigt an, in welcher Größenordnung freie Finanzmittel aus ihrer laufenden Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Haushaltsjahr zur Verfügung stehen und damit zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden könnten. Der Dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie vielen Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen (Entschuldungsdauer).

Dynamischer Verschuldungsgrad =	Effektivverschuldung (= Gesamtes Fremdkapital ./ Liquidität ./ Kurzfristige Forderungen)
	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Finanzrechnung)

Entwicklung über die Jahre (Jahre)				
2008	2009	2010	2011	2012
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	68,4

Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in der Finanzrechnung ist seit dem Jahr 2008 zum ersten Mal in Höhe von 10,07 Mio. € positiv. Die Ermittlung der Kennzahl ist daher im Jahr 2012 zum ersten Mal möglich.

7.3.3 Liquidität 2. Grades

Die Kennzahl gibt stichtagsbezogen Auskunft über die „kurzfristige Liquidität“ der Gemeinde. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Die Liquidität 2. Grades sollte bei mindestens 100 % liegen, um die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen.

Liquidität 2. Grades =	(Liquide Mittel + Kurzfristige Forderungen) x 100
	Kurzfristige Verbindlichkeiten

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
22,9	15,8	13,9	10,2	12,3

Die Liquidität 2. Grades liegt aufgrund der Höhe der Liquiditätskredite bei nur 12,3 %. Eine positive Veränderung kann dauerhaft nur durch eine Reduzierung der kurzfristigen Verbindlichkeiten erfolgen.

7.3.4 Kurzfristige Verbindlichkeitsquote

Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl „kurzfristige Verbindlichkeitsquote“ beurteilt werden. Je niedriger diese Quote ausfällt, desto größer ist grundsätzlich die wirtschaftliche Stabilität der Kommune.

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote =	$\frac{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
---	---

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
5,9	8,9	10,7	10,0	10,5

Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote liegt bei 10,5 % und bewegt sich damit auf dem Niveau der Vorjahre.

7.3.5 Zinslastquote

Die Kennzahl „Zinslastquote“ zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Zinslastquote =	$\frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
------------------------	--

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
3,1	2,8	2,3	2,3	2,2

Im Ergebnis 2012 beläuft sich die Zinslastquote auf 2,2 % und bleibt damit im Vergleich zum Vorjahr stabil.

7.4 Ertragslage

7.4.1 Steuerquote

Die Netto-Steuerquote soll zeigen, zu welchem Teil die Gemeinde sich selbst finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Gewerbesteuerumlagen und Finanzierungsbeitrag am Fonds Deutsche Einheit werden abgezogen.

$$\text{Netto-Steuerquote} = \frac{(\text{Steuererträge} - \text{Gewerbesteuerumlage} - \text{Finanzierungsbeitrag Fonds Dt. Einheit}) \times 100}{(\text{Ordentliche Erträge} - \text{Gewerbesteuerumlage} - \text{Finanzierungsbeitrag Fonds Dt. Einheit})}$$

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
27,3	26,0	29,3	25,6	26,8

Die Netto-Steuerquote beläuft sich im Jahr 2012 auf 26,8 % und ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Dieser Wert ist ein Indiz für Strukturschwäche.

7.4.2 Zuwendungsquote

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

$$\text{Zuwendungsquote} = \frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$$

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
28,7	31,2	27,0	33,4	33,1

Die Zuwendungsquote beträgt im Ergebnis 33,1 % und entspricht damit dem Vorjahrsniveau. Die Entwicklung macht die hohe Abhängigkeit der Kommunen von Dritten deutlich.

7.4.3 Personalintensität

Die „Personalintensität“ gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

$\text{Personalintensität} = \frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
--

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
19,4	17,8	17,9	18,4	18,4

Die Personalintensität liegt im Jahr 2012 unverändert zum Vorjahr bei 18,4 %. Dies ist im Vergleich mit anderen Städten (ausgehend von den Orientierungswerten aus den NKF - Kennzahlensets mit 22,3 % im Jahr 2010) ein guter Wert für die Stadt Hamm.

7.4.4 Sach- und Dienstleistungsintensität

Die Kennzahl „Sach- und Dienstleistungsintensität“ lässt in begrenztem Umfang erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

$\text{Sach- und Dienstleistungsintensität} = \frac{\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
--

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
12,9	14,4	13,3	15,0	14,3

Die Quote liegt im Ergebnis 2012 bei 14,3 %.

7.4.5 Transferaufwandsquote

Die Kennzahl „Transferaufwandsquote“ stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her. Die Kennzahl ist erst durch einen Vergleich mit Kennzahlen anderer (vergleichbarer) Kommunen interpretationsfähig. Die Quote ist erheblich von der Organisation und der Aufgabenstruktur abhängig.

$\text{Transferaufwandsquote} = \frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

Entwicklung über die Jahre in %				
2008	2009	2010	2011	2012
53,6	54,1	56,2	54,8	55,1

Die Quote betrug im Ergebnis 55,1 % und liegt somit im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Es wird deutlich, dass regelmäßig über 50 % der Ordentlichen Aufwendungen durch die Transferaufwendungen beeinflusst sind.

8 Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Stadt Hamm

Die Finanzsituation der Stadt Hamm orientiert sich an den durch den Stärkungspakt vorgegeben Rahmenbedingungen und stellt sich für das Jahr 2013 auf Grundlage der Ergebnisentwicklung im Haushalt 2012 und der Haushaltsplanung 2013/2014 sowohl risiko- als auch chancenbehaftet dar.

Der Haushaltsplan 2013/2014 einschließlich des Haushaltssanierungsplanes für die beiden Jahre wurde vom Oberbürgermeister am 23.10.2012 in den Rat der Stadt Hamm eingebracht und am 10.12.2012 von diesem beschlossen. Die Bezirksregierung Arnsberg hat den Haushaltsplan 2013/2014 am 14.03.2013 vollumfänglich genehmigt.

Der beschlossene Haushaltsplan stellt die Chance dar, den Haushalt ab dem 2016 dauerhaft ausgleichen zu können und dieses bis zum Jahr 2021, bei jährlich rückläufigen Konsolidierungshilfen, halten zu können. Einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, ist Teil der „Strategischen Ziele der Stadt Hamm“. Alle Bereiche der Stadt sind zur konsequenten Haushaltssicherung verpflichtet.

Die Umsetzung und Einhaltung der Maßnahmen wird insbesondere durch den Fachbereich Finanzen begleitet und im Rahmen der Vorgaben aus dem Stärkungspaktgesetz an die Bezirksregierung berichtet. Die Arbeitsgruppe „AG-HSK“ erarbeitet systematisch neue Maßnahmen und begleitet die Umsetzung durch fachübergreifende Beratung.

Die Risiken liegen in dem nach wie vor vorhandenen jährlichen strukturellen Defizit. Sobald sich die kommunalen Rahmenbedingungen verschlechtern, können die o.g. Ziele nur noch durch weitere Sanierungsmaßnahmen erreicht werden. Insbesondere zeichnet sich für die nächsten Jahre zusätzlicher Finanzbedarf bei der Kindertagesbetreuung ab. Ebenso ist im Sozialbereich mit weiter steigenden Aufwendungen zu rechnen. Diese Risiken zeigen die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen seitens des Landes und des Bundes. Das Konnexitätsprinzip wird oft zu Lasten der Kommunen nicht eingehalten.

Die Stadt arbeitet, zusammen mit konzernangehörigen Tochterunternehmen, nachhaltig daran, die Einnahmensituation mittelfristig durch bereits eingeleitete und noch durchzuführende Strukturmaßnahmen und eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik von Unternehmen zu verbessern.

Im Ergebnis müssen jedoch Bund und Land für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen sorgen. Nur so ist sichergestellt, dass keine Überlastungen der Kommunen entstehen und wieder Spielräume für kommunale Gestaltungsmöglichkeiten geschaffen werden.

9 Organe und Mitgliedschaften der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates

9.1 Verwaltungsvorstand

Nr.	Name	Beruf	Vertreter Gremium/Beteiligung ⁷
1	Oberbürgermeister Hunsteger-Petermann, Thomas	Fleischermeister	<ul style="list-style-type: none"> - GV Stadtwerke Hamm GmbH - VwR Komm. JobCenter AÖR - AR Stadtmarketinggesellschaft Hamm GmbH - GV Zentralhallen Hamm GmbH - AR Zentralhallen Hamm GmbH - GV Vereinigung ehemaliger kommunaler Aktionäre der VEW GmbH (VKA) - VwR Sparkasse Hamm - Kreditausschuss Sparkasse Hamm - Verbandsversammlung Westfälisch- Lippischer Sparkassen- und Giroverband - Verbandsversammlung Regionalverband Ruhr - Mitgliederversammlung ZAK
2	1. Beigeordnete und Stadtbaurätin Schulze Böing, Rita	Stadtbaurätin	<ul style="list-style-type: none"> - GV Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH - AR Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH - GV Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgenossenschaft Hamm mbH - GV KIWI Bürgerwind Hamm GmbH - Wirtschaftsbeirat KIWI Bürgerwind Hamm GmbH - AR HGB mbH - Verbandsversammlung Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Ruhr-Lippe - Verbandsversammlung Lippeverband

⁷ GV = Gesellschafterversammlung, AR = Aufsichtsrat, VwR = Verwaltungsrat

Organe und Mitgliedschaften der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates

Nr.	Name	Beruf	Vertreter Gremium/Beteiligung ⁷
3	Stadtkämmerer Kreuz, Markus	LL.M. (com.)	<ul style="list-style-type: none"> - AR Stadtwerke Hamm GmbH - Beirat HeliNET GmbH & Co. KG - GV MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH - GF MVA Hamm Eigentümer GmbH - AR Wirtschaftsförderungsgesellschaft Hamm mbH - GV Stadtmarketinggesellschaft Hamm mbH - GV Hammer Technologie- und Gründerzentrum GmbH - GV Hallenmanagement Hamm GmbH - GV Hammer IT-Schulsupport GmbH
4	Stadtrat Herbst, Frank	Jurist	<ul style="list-style-type: none"> - GV MVA Hamm Betreiber GmbH - AR MVA Hamm Betreiber GmbH - GV MVA Hamm Eigentümer GmbH - GV Wirtschaftsförderungsgesellschaft Hamm mbH - GV Maximilianpark Hamm GmbH - AR Maximilianpark Hamm GmbH - GV Krematorium Hamm GmbH - GV MVA Hamm Betreiber Holding GmbH

9.2 Ratsmitglieder

Nr.	Name	Beruf	Vertreter Gremium/Beteiligung ⁸
1	Bürgermeisterin Wäsche, Ulrike	Bankkauffrau	- VwR Komm. JobCenter AÖR - Ombudsrat Komm. JobCenter AÖR - Verbandsversammlung Lippeverband
2	Bürgermeisterin Simshäuser, Monika	Gesamtschullehrerin	- AR HGB mbH - VwR Sparkasse Hamm - Veranstaltungsgemeinschaft Lokaler Rundfunk, Radio Lippewelle e.V. - Verbandsversammlung Westfälisch- Lippischer Sparkassen- und Giroverband - Verbandsversammlung Regionalverband Ruhr
3	Bürgermeister Müller, Ingo	Verlagskaufmann	
4	Borgmann, Birgit	Kaufm. Angestellte	- Verbandsversammlung Lippeverband
5	Bülling, Wilfried	Verwaltungsangestellter	- GV Hallenmanagement Hamm GmbH
6	Burgard, Volker	Rechtsanwalt	- VwR Sparkasse Hamm - Verbandsversammlung Lippeverband
7	Burkert, Oskar	Dipl.-Ingenieur	- AR HGB mbH - GV Stadtwerke Hamm GmbH - Beirat f. Arbeitsmarktpolitik Komm.JobCenter AÖR
8	Ciszewski, Anita	Rechtsreferendarin	
9	Delius-Ostermann, Nicoline	MTA	
10	Dorenkamp, Ludger	Berufsschullehrer	- Verbandsversammlung Lippeverband
11	Endom, Ulrich (ab 06.09.2012)	Materiallogistiker	- AR Stadtmarketing GmbH - Verbandsversammlung Lippeverband
12	Ertas, Nail	Bergmann	- VwR Komm. JobCenter AÖR - Mitgliederversammlung ZAK

⁸ GV = Gesellschafterversammlung, AR = Aufsichtsrat, VwR = Verwaltungsrat

Organe und Mitgliedschaften der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates

Nr.	Name	Beruf	Vertreter Gremium/Beteiligung ⁸
13	Figgen, Frank	Bankkaufmann	- GV Hammer Technologie- und Gründerzentrum GmbH - Verbandsversammlung Lippeverband
14	Grimm, Karl-Heinz	Pharma-Referent i. R.	- Verbandsversammlung Zweckverband Schienenpersonen- nahverkehr Ruhr-Lippe - Verbandsversammlung Lippeverband
15	Grünendahl, Petra	Lehrerin	
16	Hegemann, Kai	Geschäftsführer	- AR Maximilianpark Hamm GmbH
17	Herter, Marc	MdL	- AR Stadtwerke Hamm GmbH - GV Energie-u. Wasserversorgung Hamm GmbH - GV Fernwärmeversorgung Hamm GmbH - GV Hamcom GmbH Telekommunikation - GV Verkehrsbetrieb Hamm GmbH - GV Hafen Hamm GmbH - VwR Sparkasse Hamm
18	Hinkmann, Uwe	Polizeibeamter	-
19	Holsträter, Jörg	Sozialversicherungs- fachangestellter	- AR Stadtmarketinggesellschaft Hamm GmbH - VwR Sparkasse Hamm - Verbandsversammlung Zweckverband Schienenpersonen- nahverkehr Ruhr-Lippe - Verbandsversammlung Lippeverband
20	Josten, Marion	Heilpädagogin	
21	Kaczmarek, Andrea	Lehrerin	- GV Hallenmanagement Hamm GmbH - GV Stadtwerke Hamm GmbH - Verbandsversammlung Zweckverband Schienenpersonen- nahverkehr Ruhr-Lippe
22	Keckstein, Johann	Elektromeister	- AR Stadtmarketinggesellschaft Hamm GmbH
23	Kettner, Angela	Dipl. Sozialpädagogin	- Ombudsrat Komm. JobCenter AÖR
24	Kocker, Dennis	Rechtsanwalt	- AR HGB mbH - AR Maximilianpark Hamm GmbH - Verbandsversammlung Lippeverband

Organe und Mitgliedschaften der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates

Nr.	Name	Beruf	Vertreter Gremium/Beteiligung ⁸
25	Köhler, Wolf	Oberstudienrat a.D.	- AR Stadtmarketinggesellschaft Hamm GmbH
26	König, Heinz	Bezirksschornstein- fegermeister	- Verbandsversammlung Lippeverband
27	Kosinowski, Christine	Erzieherin	- AR Maximilianpark Hamm GmbH
28	Koslowski, Roland	Dipl. Sozialarbeiter	
29	Krippner, Adolf Michael (bis 01.08.2012)	Architekt, Dipl.-Ing.	- Verbandsversammlung Lippeverband - AR Stadtmarketinggesellschaft Hamm GmbH
30	Kuttge, Bärbel	Hausfrau	- GV Hallenmanagement Hamm GmbH - AR Maximilianpark Hamm GmbH - Verbandsversammlung Lippeverband - Kuratorium Wolfgang-Glaubitx-Seniorenzentrum der AWO
31	Lenz, Ralf-Dieter	Lehrer	- VwR Sparkasse Hamm - Verbandsversammlung Lippeverband
32	Lindemann, Manfred	Ltd. Gesamtschuldirektor	- AR Stadtwerke Hamm GmbH - AR Maximilianpark Hamm GmbH
33	Loer, Dieter	Dipl.-Finanzwirt	- AR Stadtwerke Hamm GmbH - AR WFH
34	Merschhaus, Reinhard	Oberstudienrat	- AR WFH - VwR Komm. JobCenter AÖR - Verbandsversammlung Zweckverband Schienenpersonen- nahverkehr Ruhr-Lippe - Verbandsversammlung Lippeverband
35	Pieczynski, Kirsten	Studentin	- Beirat ÖPNV - Verbandsversammlung Lippeverband
36	Raszka, Peter	Polizeibeamter	- Beirat ÖPNV - Verbandsversammlung Zweckverband Schienenpersonen- nahverkehr Ruhr-Lippe - Verbandsversammlung Lippeverband

Organe und Mitgliedschaften der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates

Nr.	Name	Beruf	Vertreter Gremium/Beteiligung ⁸
37	Reinisch, Peter	Verlagskaufmann	<ul style="list-style-type: none"> - AR MVA Hamm Betreiber GmbH - Fachbeirat MVA Hamm Eigentümer GmbH - AR WFH
38	Reuter, Ulrich	Verlagskaufmann	
39	Rometsch, Wolfgang	Dipl.-Sozialarbeiter	<ul style="list-style-type: none"> - VwR Komm.JobCenter AöR
40	Rüberg, Jörg Horst	Rechtsanwalt	<ul style="list-style-type: none"> - AR WFH - AR Stadtmarketinggesellschaft Hamm GmbH
41	Salomon, Dr. Richard	Rechtsanwalt	<ul style="list-style-type: none"> - AR WFH - VwR Sparkasse Hamm - GV MVA Hamm Betreiber GmbH - GV MVA Hamm Eigentümer GmbH
42	Saßmannshausen, Rainer	Dipl. Rechtspfleger	<ul style="list-style-type: none"> - Beirat ÖPNV - Beirat für Arbeitsmarktpolitik Komm. JobCenter AÖR - Verbandsversammlung Zweckverband Schienenpersonen-nahverkehr Ruhr-Lippe
43	Schade, Matthias	Architekt	<ul style="list-style-type: none"> - GV Hallenmanagement Hamm GmbH
44	Schmitz, Manfred	Verlagsleiter	<ul style="list-style-type: none"> - GV Hammer Technologie- und Gründerzentrum GmbH - AR HGB mbH - Verbandsversammlung Lippeverband
45	Schneeweis, Raymund	Oberstaatsanwalt	<ul style="list-style-type: none"> - AR Stadtwerke Hamm GmbH - Verbandsversammlung Lippeverband
46	Schnieders-Pförtzsch, Monika	Erzieherin	<ul style="list-style-type: none"> - GV Stadtwerke Hamm GmbH - GV Hallenmanagement Hamm GmbH
47	Scholz, Dr. Georg	Arzt	<ul style="list-style-type: none"> - GV Stadtwerke Hamm GmbH - GV MVA Hamm Betreiber GmbH - AR MVA Hamm Betreiber GmbH - GV MVA Hamm Eigentümer GmbH - Fachbeirat MVA Hamm Eigentümer GmbH - Verbandsversammlung Zweckverband Schienenpersonen-nahverkehr Ruhr-Lippe -

Organe und Mitgliedschaften der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates

Nr.	Name	Beruf	Vertreter Gremium/Beteiligung ⁸
48	Schwennecker, Klaus	Justizfachwirt	- GV Stadtwerke Hamm GmbH - Veranstaltergemeinschaft Lokaler Rundfunk, Radio Lippewelle e.V.
49	Schwiehorst, Judith	Bankkauffrau	- GV Hallenmanagement Hamm GmbH - AR Stadtwerke Hamm GmbH
50	Sengül, Alisan	Dipl. Ing.	- Verbandsversammlung Lippeverband
51	Steinhaus, Ralf	Versicherungsmakler	- AR WFH - Verbandsversammlung Zweckverband Schienenpersonen-nahverkehr Ruhr-Lippe
52	Thörner, Gerald	Industriemeister Chemie/Rentner	
53	Tillmann, Franz	Kommunalbeamter a.D.	- VwR Komm. JobCenter AÖR - Verbandsversammlung Lippeverband
54	Weber, Ellen	Selbst. Promoterin	- Kuratorium Wolfgang-Glaubitz-Seniorenzentrum der AWO
55	Weber, Margot	Kaufm. Angestellte	
56	Wentker, Monika	Realschullehrerin a. D.	- VwR Sparkasse Hamm - Verbandsversammlung Lippeverband
57	Weymann, Karsten	Dipl.-Soz.Arbeiter	- Beirat für Arbeitsmarktpolitik Komm. JobCenter AÖR - AR HGB mbH
58	Wobedo, Lothar	Gewerkschaftssekretär	- AR Stadtwerke Hamm GmbH - AR WFH - GV Netzwerk Radbod GmbH - Mitgliederversammlung ZAK
59	Wünnemann, Dietrich	Produktionsberater	- Verbandsversammlung Lippeverband - AR Maximilianpark Hamm GmbH - GV KIWI Bürgerwind Hamm GmbH